Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67. **Donnerstag, den 19. März 1908.** **15. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Die politische Revolution.

> Nicht die radikale Revolution ist ein utopischer Traum für Deutschland, nicht die allgemein menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt.
>
> Karl Marx
> (1844.) Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.

ap. Die Berliner Märzrevolution ist im Grunde genommen noch immer Tagesgeschichte. Dieselben Klassen, die damals einander gegenüberstanden, stehen noch immer einander gegenüber; nur ihre Machtverhältnisse haben sich durch eine sechzigjährige ökonomische Entwicklung gewaltig verschoben. Was damals angefangen wurde — der Sturz des Feudalismus, die bürgerliche Revolution — ist noch immer nicht vollendet, aber der späteren Entwicklung entsprechend wird sie nur in ganz anderer Gestalt, nämlich als proletarische Revolution, vollendet werden können. Sie brachte keine Lösung der alten Probleme der Überwindung des Feudalismus, sie gründete keine neue bürgerliche Gesellschaft, die unbehindert vom feudalen Plunder ihre eigenen Aufgaben, die Bedingungen der proletarischen Emanzipation, entwickeln konnte. Sondern sie stürzte die Menschen, die noch mitten in den alten Problemen zu stecken glaubten, kopfüber in jene ganz neuen Aufgaben, die erst jetzt ihrem Abschluß entgegenreifen.

Weshalb wurde hier die bürgerliche Revolution nicht zum Abschluß gebracht? Marx hat schon im Jahre 1844 die Gründe angegeben, weshalb die nur politische Revolution in Deutschland nicht möglich war. Die nur politische ist die bürgerliche Revolution, die die politische Unterdrückung und die gesetzlichen Standesvorrechte aufhebt, alle Bürger für gleich und frei erklärt und damit erst der kapitalistischen Ausbeutung und der kapitalistischen Konkurrenz freie Bahn schafft. Dazu ist nötig, daß die Klasse, die in diesem Kampfe die Führung hat, sich eins mit dem ganzen Volke fühlt, ihre Interessen für allgemeine Volksinteressen hält und nur den Gegensatz nach oben, keinen Gegensatz nach unten empfindet. „Diese Klasse befreit die ganze Gesellschaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet, also zum Beispiel Geld und Bildung besitzt oder beliebig erwerben kann.“ Dies war der Vorgang in England und Frankreich gewesen und die liberale Opposition erwartete ähnliches in Deutschland. Marx durchschaute jedoch die Verhältnisse tiefer. Dieser Rolle, führte er aus, ist in Deutschland keine Klasse fähig; überall herrscht die Beschränktheit, überall fehlt der Mut, der „dem Gegner die trotzige Parole zuschleudert: ich bin nichts und ich müßte alles sein“. Und wenn schließlich die Notwendigkeit des Kampfes nach oben kommt, hat der Kampf nach unten schon angefangen.

„Wo ist also die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation? In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, . . . welche kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern das Unrecht schlechthin an ihr verübt wird . . .“ Diese Klasse ist das Proletariat. Nur das Proletariat kann die deutsche Gesellschaft, auch von der politischen Unterdrückung, befreien. Damit hat Marx schon vier Jahre vor der Revolution von 1848 ihren Ausgang und die ganze nachherige Entwicklung vorausgesehen.

Damals war der ungewöhnliche theoretische Scharfblick eines Marx nötig, um in dem Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie ein Hemmnis für die Niederwerfung des Feudalismus zu erblicken. Seit der proletarischen Belehrung durch die Märzrevolution und durch die ganze spätere deutsche Geschichte ist diese Einsicht immer mehr zum Gemeingut der deutschen Arbeiter geworden. Jedermann weiß bei uns jetzt, daß nur aus Furcht vor dem Proletariat das Bürgertum den Junkern die eigentliche Herrschaft überlassen hat und daß es sich mit der Untertanenrolle begnügte, wenn nur ihre materiellen Interessen von den Herrschern berücksichtigt wurden.

Trotzdem ist neulich die Möglichkeit einer nur politischen Revolution für Deutschland wieder verfochten worden. Nicht in der Gestalt einer verbesserten Neuauflage der Märzrevolution, sondern in der Gestalt einer friedlichen Reform, der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen. Der Sturz der Junkerschaft, also wird gesagt, liege im Interesse der Bourgeoisie; er führe ja die bürgerliche Herrschaft herbei und ermögliche damit erst eine normale, großartige Entwickelung des Kapitalismus. Daher müßten Bürgertum und Proletariat gemeinsam diesen Kampf gegen die Junker durchführen.

Die Ansicht, die allen bisherigen Erfahrungen ins Gesicht schlägt, ist nur aus der dogmatischen Anschauungsweise zu erklären, daß überall die gesellschaftliche Entwickelung nach demselben Muster stattfinden müsse, daß überall zu derselben Produktionsweise genau dieselben politischen Formen gehören. Weil in Deutschland die bürgerliche Freiheit noch nicht verwirklicht ist, erwarten die Vertreter jener Ansicht noch immer eine nur politische Revolution, die einen „normalen“ Kapitalismus herstellen und dem Proletariat erst seine „normalen“ Kampfesbedingungen sichern soll. Vor dieser grauen Theorie sehen sie nicht das Grün des goldenen Lebensbaums, das frische, von Kraft strotzende Leben des Proletariats, das schon nach der Herrschaft greift.

Es ist vollkommen richtig, daß die Masse des Bürgertums, die Mehrheit der Kapitalisten durch die Junkerherrschaft geschädigt wird und daß ihre Interessen zu den Interessen der wucherischen Junker im Gegensatz stehen. Wenn sie bisher diese Interessen willig opferte, so geschah das selbstverständlich nur deshalb, weil ihrer Anschauung nach größere Interessen auf dem Spiel standen. Die Bourgeoisie führt Krieg nach zwei Fronten; während die Junker ihr einen Teil ihrer Beute wegnehmen, drohen die Arbeiter, die ganze Ausbeutung aufzuheben. Das eine schädigt ihre Augenblicksinteressen und führt zu einem steten Zank und Schacher; das andere liegt in der Zukunft, aber es geht ums Ganze. Daher mag die Bourgeoisie zeitweilig mit den Junkern hadern: bei bedeutenden Fragenwirkt das Interesse an der Niederhaltung des Proletariats am stärksten auf sie.

Nun gibt es noch breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz, die durch ihre gedrückte Lage Interesse an einer demokratischen Verfassung haben. Sind diese nicht für eine nur politische Revolution zu haben? Die Frage der Demokratie ist nicht nur von der Frage des Sozialismus zu trennen. Keiner von diesen Leuten sagt: ob Kapitalismus oder Sozialismus, das ist mir gleichgültig. Zwar sind viele schwankend und unsicher in ihrer Stellungnahme, aber die Frage des Sozialismus beherrscht alle Fragen. Die Angehörigen dieser Schichten, die durch Tradition, durch Beschränktheit oder Unwissenheit dem Proletariat und dem Sozialismus feindlich gesinnt sind, sind zugleich in allem, was das Proletariat niederhält, eine willige Gefolgschaft der herrschenden Klassen. Nur wer Sympathie für die Arbeiterklasse und für ihr Ideal empfindet, kann ohne Rückhalt und bis zum Ende für demokratische Reformen eintreten.

Bei der großen politischen Reife des deutschen Proletariats wird eine nur politische Umgestaltung im demokratischen Sinne bald die ökonomische Befreiung nach sich ziehen. Das wissen die ausgebeuteten Klassen so gut wie wir. Die völlige politische Emanzipation werden wir nur mit der ökonomischen erringen können, und jede wichtige politische Reform wird nur als Stufe auf diesem Wege durch den proletarischen Klassenkampf erstiegen werden können. Was vor gut sechzig Jahren nur einem einzigen genialen Denker klar war, steht jetzt klar vor Augen: Nicht die radikale Revolution ist ein utopischer Traum für Deutschland, sondern vielmehr die nur politische Revolution.

Der Umfall.

Am Vorabend des 18. März haben die angeblichen Nachkommen der liberalen Sturmgesellen von 1848 sich den Entschluß zum Umfall beim Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes abgerungen. Die freisinnige Volkspartei ging voran unter der Führung Müller-Meiningens. Sie war für die Einleitung des Kuhhandels am besten zu brauchen. So hielt sie denn wider den Brauch eine Fraktionssitzung für sich ab und gegen den Widerstand der Träger, Stengel, Dohrn und Hormann beschloß sie, der Regierung ein Kompromiß anzubieten, wonach das Verbot nichtdeutscher Sprache in solchen Bezirken gelten soll, in denen die Zahl der Polen nicht 20 Proz. der Bevölkerung erreicht. Dort, wo die Polen stärker sind, soll ihnen der Gebrauch der Muttersprache in Versammlungen gnädigst gestattet sein. Die Reichsregierung, vertreten durch Herrn Staatssekretär Bethmann-Hollweg, hat diesem weitgehenden Angebot gegenüber nicht hart bleiben können und will sich damit zufrieden geben, da es ja so ziemlich alles gewährt, was sie gefordert hat. Nur möchte sie die Geltung dieser Bestimmung provisorischer Weise auf 10 Jahre beschränkt wissen, damit nach abermals 10 Jahren ein neuer Kuhhandel losgehen kann mit einem womöglich noch zermürbteren Freisinn.

In der Freisinnigen Vereinigung hat das Kompromiß bei den Abgg. Delbrück, Heckscher, Graf Bothmer und Pachnicke sofort wohlwollendes Verständnis gefunden. Und schließlich hat ihr edles Beispiel auch andere mit „nationalem“ Geiste erfüllt. Es wird behauptet, daß in der Freisinnigen Vereinigung und in der Süddeutschen Volkspartei der Vorschlag der Freisinnigen Volkspartei als geeignete Unterlage für eine Verständigung anerkannt wird!

Es ist demnach kein Zweifel mehr, daß das Kompromiß zustande kommt, daß der Freisinn umfallen wird. Er wird eine Ausnahmebestimmung schlucken, um der Börse die Börsenreform zu sichern und um das Auseinanderfallen des Blocks zu verhüten. Der Verrat wird vollzogen.

Das Kompromiß ist der glatte Umfall des Freisinns. Die preußische Regierung gibt nichts auf. Denn daß sie in Landesteilen mit starker polnischer Bevölkerung den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen nicht verbieten kann, das weiß sie und deshalb hat sie ja im Entwurf der Landeszentralbehörde das Recht zugewiesen, Ausnahmen vom Sprachverbot zu gestatten. Getroffen werden sollen nach dem Plane, der dem § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurf zugrunde liegt, vornehmlich die polnischen Minderheiten in Bezirken mit überwiegend deutscher Bevölkerung und diese Minderheiten liefert der Kompromißantrag der Freisinnigen der preußischen Regierung aus. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob es Kreise in Westfalen und im Rheinland gibt, in denen die polnische Bevölkerung 20 Prozent und mehr der Gesamtbevölkerung ausmacht. Jedenfalls dürften im Westen solche Bezirke, wenn sie überhaupt vorkommen, dünn gesäet sein, und zweifellos würden Tausende und Abertausende von Polen des Gebrauches ihrer Muttersprache in Versammlungen beraubt werden. Wer aber ermittelt die Zahl der Polen in einem bestimmten Bezirke und wer grenzt die Bezirke ab? Die preußische Regierung und ihre Unterbehörden? Welchen Verwaltungskunststücken damit die Tür geöffnet wird, das kann jeder ermessen, der jemals von preußischer Wahlkreisgeometrie und von ungarischer Nationalitätenstatistik gehört hat!

Die zwanzigprozentige Beschränkung ändert nichts an dem Charakter der Ausnahmebestimmung, die der § 7 ist, nichts an der Tatsache, daß ein „entschiedener Liberalismus“ sich an der Schaffung eines Ausnahmegesetzes beteiligen will, nichts daran, daß das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterschaft eingeschnürt wird! Die Beschränkung der Bestimmung läßt gerade diesen besonderen Zweck mit größerer Deutlichkeit hervortreten.

Vor 60 Jahren forderten die deutschen Liberalen Vereins- und Versammlungsfreiheit. Heute schaffen sie an Ausnahmebestimmungen gegen die Vereins- und Vereinigungsfreiheit bestimmter Volksteile mit!

Aber freilich, 1848 glaubten sie noch für die Freiheit schlechtweg zu kämpfen. Heute streben und schachern sie für die Freiheit der Börse.

Das ist der Fortschritt von 60 Jahren!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Reichstag

wurde die kolonialpolitische Debatte fortgesetzt. Die von uns prophezeiten Angriffe der Rechten auf Dernburg sind prompt erfolgt. Zwar der manchmal in Bodenreform machende Antisemit Lattmann befleißigte sich gleich Herrn v. Richthofen einer ziemlichen Zurückhaltung; aber aus der Rede des Reichsverbandsgeneralissimus Liebert war trotz aller Vorsicht in der Form das Wutgeknirsche der Sklavenhalter gegen die schüchternen Versuche der Kolonialverwaltung, ihren unmäßigen Ausbeutungsgelüsten etwas wie einen Zügel anzulegen, deutlich herauszuhören. Gegenüber Liebert schnitt Herr Dernburg garnicht schlecht ab. Besonders wirkungsvoll war die Art und Weise, wie er gegen Herrn v. Liebert Herrn v. Liebert ins Feld führte. Als nämlich in Ermangelung des noch nicht geschaffenen Reichsverbandspräsidiums die Gouverneurschaft Ostafrikas von dem damaligen Oberst v. Liebert wahrgenommen wurde, klagte dieser beweglich aber zutreffend darüber, daß ihm die Handvoll Pflanzer mehr Scherereien und Plackereien mache, als die zehn Millionen Schwarzen. Das war eine prächtige Abfuhr und die Ironie der Weltgeschichte wollte es, daß gerade die Parteien, gegen die der koloniale Dernburg- und Auflösungsspektakel gerichtet war, dieser Abfuhr am fröhlichsten Beifall riefen. — Von den freisinnigen Rednern versuchte Herr Wiemer die antikoloniale Periode der Volksparteigeschichte wegzueskamotieren, rang aber doch seiner dekorierten Männerbrust ein paar leidlich energische Verwahrungen gegen die Prügelpolitik der kolonialen

Liebertins ab, während Herr Schrader sich auf ein paar ganz belanglose Wendungen des kolonialen Hurrapatriotismus beschränkte. — Einzig und allein die Sozialdemokratie hält fest an dem grundsätzlichen Protest gegen die kapitalistische Kolonialpolitik. Sie bekämpft die Reaktion und die Ausbeutung in Afrika so gut wie in Europa. Mit prinzipieller Schärfe brachte Genosse Ledebour diesen unseren Standpunkt zum Ausdruck, ohne deshalb den guten Willen Dernburgs und die leise Wendung zum Besseren zu verkennen, die die Kolonialpolitik unter Dernburg genommen hat. In wirksamer Weise verstand der Redner eine Erinnerung an das Jahr in seine Rede zu flechten, dessen Jubiläum die bürgerlichen Parteien nicht feiern. Wie unsere prinzipielle Gegnerschaft gegen den Militarismus uns nicht hindert, für Erleichterungen der Soldaten einzutreten, so schließt selbstredend unser prinzipieller Standpunkt in der Kolonialpolitik nicht aus, daß wir an allen Maßnahmen mitarbeiten, die den wahren Interessen Deutschlands und dem Wohle der Eingeborenen zugute kommen. — Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Wilder Mandatsschacher.

Was das für eine Art Wahlrechtskampf ist, den die Freisinnigen führen, ist aus folgender Affäre ersichtlich. Die neun Abgeordnetenmandate, die Berlin bisher inne hatte, befinden sich sämtlich im Besitz der Freisinnigen Volkspartei, die sie freilich nur mit liberaler und konservativer Hilfe gewinnen konnte. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen sind jedoch auf Grund der famosen „Reform" von 1901 12 Abgeordnete zu wählen, und zwischen den Freisinnigen und den Nationalliberalen ist jetzt ein lebhafter Kampf um die drei neuen Mandate entbrannt. Die Nationalliberalen wollen nun zum Lohne für ihre Wahlhilfe auch einen „Platz an der Sonne" haben, wie die „National-Zeitung" meint, während die Freisinnigen sie ihrem Besitzstande zurechnen. Und nun geht der Schacher hin und her!

Wie man in Südwest regiert.

Als schneidiger Herr produziert sich Gouverneur v. Schuckmann in Deutsch-Südwestafrika, von dem unlängst in der Budgetkommission mitgeteilt wurde, eine seiner ersten Taten in seinem neuen Wirkungsgebiete sei die Herbeiführung eines Etikettenstreites gewesen. Der Bezirksverein von Omaruru hatte in dem Eingreifen des Gouvernements in einen etwas komplizierten Grundstücksstreit einen Präzedenzfall gesehen und um Redressierung des Gouvernements- (bezw. richterlichen) Entscheidung gebeten, die den eigentlichen Besitzer infolge falscher Information der Behörde um Haus und Hof gebracht hatte. Die „Windhuker Nachrichten" bringen jetzt die geharnischte Antwort des Herrn Gouverneurs auf die Eingabe des Bezirksvereins. Sie ist vom 17. Januar datiert und lautet: „Wenn der Bezirksverein kein Vertrauen zu der Unparteilichkeit der Regierung hat und glaubt, daß jemandem durch Machtspruch der Regierung sein Recht geschmälert wird, so rate ich dem Bezirksverein, sich an das Reichskolonialamt oder den Reichskanzler zu wenden, damit die schuldigen Beamten ihrer Stellung entsetzt werden. Ich ersuche aber, in diesem Falle nur solche Tatsachen anzuführen, die auf Wahrheit beruhen. Übrigens war ich bisher der Ansicht, es sei Aufgabe des Bezirksvereins, sich mit Frage von allgemeiner Bedeutung zu befassen, und nicht die Interessen eines einzelnen zu vertreten. gez. v. Schuckmann." Hierauf hat der Bezirksverein mit einer Resolution geantwortet, in der er beweist, daß die Auffassung der Regierung irrig ist.

Schuckmann wird sich ja wohl durch solche preußische Schneidigkeiten „die Herzen aller im Fluge gewinnen".

Durchlauchtigste Geldwirtschaft.

Noblesse oblige! Und Steuerzahlen bleibt dem Pöbel vorbehalten. Seine Durchlaucht der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ehemaliger Statthalter des Reichslandes Elsaß-Lothringen, hält an diesem Grundsatz fest und hat ihn auch sinnesgemäß in jeder Lebenslage angewendet. Die „Oberelsässische Landeszeitung", ein Zentrumsblatt, behauptet, es sei bekannt, daß Hohenlohe-Langenburg einen guten Teil der ihm ausbezahlten Repräsentationsgelder (200 000 Mk.) ihrem Zwecke nicht zugeführt, sondern zur Vergrößerung des Hohenlohe-Langenburgschen Vermögens verwendet habe. Außerdem sollen Ausgaben, welche mit der Repräsentation zusammenhängen, nicht etwa aus den Repräsentationsgeldern bezahlt worden sein, wie die Geschenke des Statthalters bei Pferderennen, Wohltätigkeitslotterien usw., die immer als „Geschenke des Kaiserlichen Herrn Statthalters" aufgeführt wurden, so daß naive Gemüter sogar glauben konnten, sie wären aus der Privatschatulle des Statthalters gestiftet worden. Vielmehr sollen sie aus dem Dispositionsfonds geflossen sein, dem Fonds für „unvorhergesehene Ausgaben in sämtlichen Zweigen der Landesverwaltung."

Seine Durchlaucht versteht sich anscheinend auf's Geschäft. So gut, daß sie dem Junker von Köller sogar etwas kompromittierlich erscheint. Es wird nämlich mitgeteilt, daß der Fürst bei seiner letzten Anwesenheit in Straßburg mit keinem Mitglied der Regierung verkehrt hat. Man hatte sich gegenseitig auf den höflich-kühlen Kartenwechsel beschränkt. Und als im „Roten Haus" zu Ehren des Fürsten ein Bankett abgehalten wurde, war kein Mitglied der Regierung eingeladen.

Kinder und Unmündige als Retter des Vaterlandes.

Bekanntlich sind Schülerverbindungen verboten, und auf Grund dieses Verbots sind mehrfach polnische Gymnasiasten usw. von den Lehranstalten weggewiesen worden, weil sie zu dritt oder viert ein Lesekränzchen gebildet und dort polnische Literatur gelesen hatten. Wenn aber die Schülerverbindungen „patriotischen" Zwecken dienen, sind sie natürlich erlaubt. In Briefumschlägen mit dem Aufdruck: „Deutscher Flottenverein, Geschäftsstelle für den Regierungsbezirk Köln", also doch wohl im Auftrage desselben Flottenvereins, der nach dem Rücktritt Keims auch heute noch unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich steht und jeder amtlichen Förderung sich zu erfreuen hat, wird ein von Wilh. Schanzleh in Godesberg, Schüler des Pädagogiums, unterzeichnetes Schreiben versandt, gerichtet „an die deutschen Schulen". Darin heißt es:

„Ihr Söhne des mächtigen Deutschen Reiches, die ihr national gesinnt seid, einigt euch, indem ihr dem Flottenverein Jungdeutschland beitretet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Interesse für unsere Flotte besonders unter den jungen Deutschen zu fördern und zu stärken. Unser nationaler Stolz darf es doch wohl nicht zulassen, daß die Kriegsflotte eines so gewaltigen Reiches erst an vierter Stelle steht! Noch ist es Zeit, nicht überholt zu werden, sondern zu überholen! Wollt ihr, daß unsere Kriegsflotte die Stellung einnimmt, die einem so mächtigen Reiche gebührt, dann tretet werbend für diesen nationalen Jugendbund ein! Werdet jedoch zuerst selbst Mitglieder! Alle, die meinem Beispiele folgen und Mitglieder werden wollen, bitte ich, den Mitgliedsbeitrag von wenigstens 1 Mk. per Postanweisung mit genauer Adressenangabe an W. Schanzleh, Godesberg, ev. Pädagogium, Haus Mark, zu senden. Mitgliedskarte und monatliches Vereinsblatt werden unentgeltlich zugestellt. Versammlungen und Vorträge, die ebenfalls für Mitglieder eintrittsfrei sind, werden vom Vereine mitgeteilt. Sorgt, daß ich nicht nur meinen, sondern auch den Mitgliedsbeitrag von Hunderten meiner Kameraden auf den Vereinstisch legen kann."

Schade, daß der berühmte Kadett Willy Ramdohr gestorben ist; er könnte sonst den Aufruf in Verse bringen, die dann vielleicht ebenso wie sein famoses Kadettenlied auf höhere Anordnung gedruckt und an alle Schüler verteilt würden.

Was die Lehrer wohl dazu sagen, daß sich ihre Zöglinge statt mit der Grammatik mit der Flottenagitation befassen? Oder dürfen sie nichts sagen?

Der 18. März und der Liberalismus.

Einen für den heutigen Liberalismus sehr charakteristischen Artikel über die Märzfeier bringt der „Hambg. Corr." Zu Nutz und Frommen derer, die immer noch Neigung zeigen, mit dem Liberalismus sich zur Führung des preußischen Wahlrechtskampfes zu verbinden, wollen wir einige Sätze dieser Musterleistung wiedergeben. Es heißt da:

„Wir können zwar nicht umhin, zu bedauern, daß zur gründlichen Verbesserung des unwürdigen preußischen Wahlrechts noch immer nichts geschehen ist. Aber wir müssen der Sozialdemokratie trotzdem das Recht bestreiten, für ihre gegen die Gesellschaftsordnung gerichtete Agitation die Erinnerung an den 18. März 1848 in Anspruch zu nehmen und ihre Wahlrechtsforderungen in diesem Zeichen zu erheben. Denn dieser Märztag ist nicht zum wenigsten schuld daran, daß in Preußen ein die breiten Massen des Bürgertums nur unvollständig, die Lohnarbeiter gar nicht vertretendes Parlament entstehen und sich halten konnte. Das Proletariat hat heute vor sechzig Jahren eine Bewegung verpfuscht, die auch für Preußen viel versprochen hatte. In den sozialdemokratischen Blättern wird in demselben Atem behauptet, der 18. März habe die Reaktion zerschmettert, sie habe sich aber in dem Maße wieder erhoben, daß sie „das durch kapitalistischen Eigennutz und feige Mißgunst gegen das Proletariat gelähmte Bürgertum" brutal niederwerfen konnte. Die Geschichte lehrt uns dagegen, daß kurz vor dem blutigen Straßenkampf, den Anregungen des Bürgertums entsprechend, Friedrich Wilhelm IV. eine Konstitution, das Eintreten für die nationale Einheit, die Aufhebung der Zensur und andere Reformen bewilligt hatte. Damit sich durch diese Konzessionen das Bürgertum nicht beschwichtigen ließ, erschienen die kommunistisch-proletarischen Hetzer jetzt massenhaft unter den Kämpfenden. Kaufleute, Ärzte, Advokaten, Professoren und Schriftsteller hatten für ein deutsches Parlament, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht kämpfen wollen. Die Hecker, Struve und Microslawski haben gegen die Monarchie für die Republik, gegen den Nationalitätsgedanken für einen polnisch-französisch gefärbten Internationalismus, gegen das Kapital und die Gesellschaftsordnung für Kommunismus und Zügellosigkeit mit terroristischen Mitteln gearbeitet. Am 18. März haben sie nur einen Augenblickserfolg davongetragen. Nicht die Monarchie haben sie gebeugt, sondern einen haltlosen, in schwärmerischen Einfällen und Widersprüchen ziellos schwankenden Monarchen zu einem würdelosen Rückzug genötigt. .... Es dauerte wenige Jahre, da war er wieder im Banne seines lieben Schwagers Nikolaus, der ihn mit dem Hinweis auf das am 18. März geflossene Blut an allen Zugeständnissen für die Wünsche des Liberalismus zu hindern wußte. In diesem Sinne ist für uns dieser Tag nur ein Beispiel dafür, daß, wie Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen sagt, das Eingreifen roher Kräfte auch den Zwecken hinderlich werden kann, die durch sie erreicht werden sollen. Das durchaus monarchische preußische Volk hat sehr schnell reagiert auf die Demütigung seines Königs. Sein edler Bruder Wilhelm hat mit Gleichgesinnten getan, was immer möglich war, um das monarchische Prinzip nicht vernichten zu lassen durch die Minderwertigkeit seines Trägers. Zur Sammlung der monarchischen Elemente, der extremen wie der maßvollen, hat nichts so viel beigetragen, wie die Erinnerung an die Schmach des 18. März. Das Bürgertum fühlt sich mit Recht nicht aufgelegt, ein Jubiläum des Jahres 1848 zu feiern. Denn teilweise ist es ein Jahr der Torheiten gewesen, zu denen sich kein Vernünftiger mehr bekennt . . ."

Also nicht das Bürgertum hat die achtundvierziger Bewegung verpfuscht, sondern das Proletariat. Hätte dieses nicht gekämpft, sondern sich hinter den Ofen verkrochen, so würden die Koryphäen des Bürgertums, die Professoren und Schriftsteller, durch wiederholte Ergebenheitsadressen den König gerührt und von ihrer gänzlichen Harmlosigkeit überzeugt haben, er hätte ihnen in seiner Gnade vielleicht gestattet, eine Art Parlament zu bilden wie die heutige Duma, und alle hätten Orden bekommen.

Aber lassen wir den Scherz! Es ist ein bitteres Gefühl, daß wir in den eigenen Reihen Leute haben, die in als sozialistisch geltenden Blättern immer und immer wieder den Gedanken vertreten, für die Sozialdemokratie seien diese Liberalen immerhin als Bundesgenossen brauchbar. „Man verbindet sich nicht mit einem Kadaver!" sagte Napoleon einstmals. Aber ein paar Sozialdemokraten gibt es doch, die diesen merkwürdigen Geschmack haben.

Die Demonstrations-Versammlungen,

die gestern zugunsten eines freien Wahlrechts in Preußen stattfanden, nahmen nach den vorliegenden Berichten einen glänzenden Verlauf. In Berlin fanden nachmittags 14 Versammlungen statt, deren Teilnehmerzahl Wolff's Telegraphenbureau auf etwa 20 000 angibt. Zweifellos ist die Zahl der Demonstranten wesentlich größer gewesen. Nach demselben Telegraphenbureau kam es nach Schluß der Versammlungen zu geringfügigen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen niemand verletzt wurde. Der Friedhof der Märzgefallenen wurde von über 12 000 Personen besucht. — In Frankfurt a. M. demonstrierten über 10 000 Arbeiter in acht überfüllten Versammlungen; in Düsseldorf fanden zwei, in Köln eine starkbesuchte Versammlung statt. Weitere Berichte liegen bis jetzt nicht vor.

Sozialdemokratische Resolutionen zum Kolonial-Etat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende beiden Resolutionen zum Kolonial-Etat eingebracht: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche den Eingeborenenstämmen im Schutzgebiet Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien so viel Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der den Landesverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können." — „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche die im Schutzgebiet Ostafrika gültigen Bestimmungen, betreffend den Betriebszwang für Plantagenländereien, sinngemäß auch für das Schutzgebiet Togo in Kraft gesetzt werden."

Der Kuhhandel.

Der Sprachenparagraph des Reichsvereinsgesetzes ist, wie im zweiten Artikel unseres heutigen Hauptblattes auseinandergesetzt wird, Gegenstand eines lebhaften Kuhhandels geworden. Das Produkt desselben ist, wie heute morgen gemeldet wird, eine Einigung auf folgender Grundlage: Es soll zwischen alteingesessener und fluktuierender Bevölkerung unterschieden werden. In den Bezirken, wo nach der letzten Volkszählung 60 Proz. der Bevölkerung fremdsprachlich sind, ist eine fremde Versammlungssprache gestattet, falls die Versammlung 72 Stunden vorher angemeldet ist. Erst in zwanzig Jahren soll nach dem Vorbilde des Gerichtssprachengesetzes von 1876 die Landeszentralbehörde ermächtigt sein, auch in diesen Bezirken nur die deutsche Sprache zuzulassen. In Wahlversammlungen aller Art sind für das deutsche Reichsgebiet alle Sprachen zugelassen.

Österreich-Ungarn.

Bange machen gilt nicht! Der ungarische Minister des Innern, Graf Andrassy, hat sich nicht gescheut, aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstrationen mit der Auflösung der Gewerkschaften zu drohen. Als Antwort hierauf veranstaltet die sozialdemokratische Partei am Freitag in Budapest gleichzeitig 40 Protestversammlungen.

Amerika.

Das Schreckensregiment in Port-au-Prince. Aus Port-au-Prince wird über Neuyork telegraphiert, daß dort die furchtbarste Aufregung herrscht. Die Konsulate werden von Flüchtlingen bestürmt. Der neue Minister des Innern habe am Sonnabend abend die Todesurteile der 11 Erschossenen unterzeichnet, von denen keiner eine Ahnung von dem kommenden Schicksal hatte. Ungefähr um 3 Uhr morgens seien die Opfer von Soldaten aus den Betten geholt und gezwungen worden, sich hastig anzukleiden; dann seien sie nach einem Felde dicht am Kirchhof geführt und niedergeschossen worden. Sie alle waren einer Verschwörung zugunsten des Generals Firmin beschuldigt. Sobald die Hinrichtung bekannt wurde, begannen, wie berichtet wird, Hunderte von Flüchtlichen nach dem deutschen und französischen Konsulat zu eilen. Es war eine furchtbare Nacht, überall sah man Truppen; die Ausländer versteckten sich in ihrer Todesangst.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 19. März.

Zuzug von Gärtnern und Gartenarbeitern nach Lübeck ist streng fernzuhalten, da sich sämtliche Gärtnereiangestellten im Ausstande befinden. Auch für Kutscher sind die Betriebe gesperrt.

Achtung Maurer! Über sämtliche Putzarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens es Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Die Mannschaften des Fährbetriebes der Alster Schiffer, Maschinisten und Steuerleute sind ausgesperrt Zuzug ist fernzuhalten.

Zuzug nach der Grevesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Aus dem Senat. Bürgermeister Dr. Schön hat den Vorsitz im Senate wieder übernommen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 23. März stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Deckung eines in der Kasse des Polizeiamtes entstandenen Fehlbetrages. 2. Krankenkasse der Sittenpolizei. 3. Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1908. 4. Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für das Verwaltungsjahr 1908. 5. Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1908.

Treue Blockgesellen sind die Freisinnigen seit der letzten Reichstagswahl stets gewesen und die Belohnung ist denn bekanntlich auch nicht ausgeblieben: verschiedene der Freisinnsleuchten haben den verdienten Orden erhalten. Man hat auch den Wählern vorzureden gesucht, daß dadurch, daß die Freisinnigen regierungsfromm geworden seien, ein liberaler Zug in die Regierung gekommen wäre. Wenn man die „Taten" der Regierung in Betracht zieht, so klingt das wie blutiger Hohn. Gelegent-

sich haben auch freisinnige Blätter einmal lichte Augenblicke, in denen sie erkennen, daß trotz aller ihrerseits der Regierung geleisteten Hausknechtsdienste die Junker die Herrschaft in Händen haben. So konnte man gestern im hiesigen „Landboten" lesen: „Heute aber, wie ehedem, regieren die Junker und wehren jeden Fortschritt im freiheitlichen Sinne." Das ist sehr richtig. Nur hat der „Landbote" unterlassen, hinzuzufügen, daß diese Junker mit den Freisinnigen und Liberalen gemeinsam den Block bilden, der gegen die einzige, wirklich freiheitliche und fortschrittliche Partei, die Sozialdemokratie, als Sturmbock zu dienen bestimmt ist. Es nimmt sich unsagbar komisch aus, wenn Freisinnige gegen die Junker wettern und zu gleicher Zeit deren Schuhputzer spielen.

Sch. **Der Lohnkampf im Gärtnergewerbe** hat eine Verschärfung erfahren. Man war gestern allgemein der Hoffnung, daß die Unternehmer Zugeständnisse machen würden, auf Grund deren eine Einigung erzielt, und die Arbeit in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden könnte. Aber anstatt eine Verbesserung bot man uns eine Verschlechterung. Zur Illustration dessen, was die Gärtnerei-Unternehmer ihren Angestellten noch alles zu bieten wagen, sei folgende Arbeitsordung, die man uns gestern abend vorlegte, wiedergegeben: Handelsgärtnerei. 1. Gehilfen. Der Lohn beträgt für einen geübten Gehilfen, der zwei Jahre aus der Lehre ist, pro Woche 21 Mk. Der Lohn für jüngere Gehilfen beträgt 18 Mk. pro Woche. Alle Arbeiten, welche zur Erhaltung der Gärtnerei an Sonn- und Festtagen notwendig sind, sowie das Heizen außerhalb der Arbeitsstunden, sind in den Lohn inbegriffen, doch sollen die Gehilfen jeden zweiten Sonn- oder Festtag dienstfrei sein. Überstunden werden mit 45 Pf. pro Stunde bezahlt. 2. Arbeiter Der Lohn beträgt für einen geübten Arbeiter 33 Pf. die Arbeitsstunde. Dem Arbeitgeber bleibt es überlassen, mit jugendlichen, alten und invaliden Arbeitern besondere Löhne zu vereinbaren. Überstunden und Sonntagsarbeit sind mit 10 Pfg. Zuschlag für die Stunde zu bezahlen. Arbeitszeit im Sommer 10½ im Winter 9 Stunden. Landschaftsgärtnerei. Der Lohn beträgt für geübte Gartenarbeiter 40 Pfg. die Arbeitsstunde. Der Lohn beträgt für ungeübte Arbeiter 35 Pfg. die Arbeitsstunde. Den Arbeitgebern bleibt es ferner überlassen, mit alten und invaliden Arbeitern besondere Löhne zu vereinbaren. Für vom Arbeitgeber festgesetzte Überstunden wird ein Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde berechnet. Der Lohn für notwendige Sonntagsarbeit unterliegt freier Vereinbarung. Sonntagsarbeit auf Kundschaft wird als Überstunde bezahlt. Der Lohn wird tunlichst während der Arbeitszeit und auf der Arbeitsstelle ausgezahlt. Der Arbeitnehmer kann auch für solche Zeit keinen Lohn fordern, in welcher er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn die Versäumnis entschuldigt und nicht von erheblicher Dauer gewesen ist (§ 616 des B.-G.-B. ausgeschlossen). (Für den Stil und die Grammatik des mittelst der Schreibmaschine hergestellten Schriftstückes müssen wir den Hersteller desselben, der wohl im Scheteligschen Kontor zu suchen ist, verantwortlich machen.) Das sind so die Hauptpunkte, aus denen klar hervorgeht, weß Geistes Kind die hiesigen Gärtnerei-Unternehmer sind. Die Bekanntgabe dieser Arbeitsordnung in der gestrigen Versammlung der Streikenden entfesselte einen allgemeinen Entrüstungssturm. Die Erhöhung der Streikunterstützung um eine Mark pro Woche war die einzig richtige Antwort, die hierauf gegeben werden konnte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung weist die Angebote der Unternehmer als völlig undiskutierbar zurück, da dieselben teilweise eine Verschlechterung bedeuten und teilweise sehr dehnbare Begriffe enthalten, die alles oder auch nichts besagen können. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß Herr Paulig, ehemaliger Gärtnereibesitzer, die Hauptschuld daran trägt, daß die Verhandlungen gescheitert sind. Da mehrere Unternehmer zu annehmbaren Zugeständnissen bereit sind, so wird die Streikleitung beauftragt, mit den einzelnen Unternehmern Verhandlungen anzubahnen. Des weiteren beschließt die Versammlung, den Kampf in verschärfter Form weiter zu führen und vor allen Dingen das Lübecker Bürgertum von unseren Forderungen und Entgegenkommen den Arbeitgebern gegenüber in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen. Die Streikenden werden nicht eher zur Arbeit zurückkehren, bis annehmbare Zugeständnisse erreicht sind."

Beschleunigung von Briefbestellungen. Bei der stetig zunehmenden Zahl der zu bestellenden Briefsendungen ist es zur Beschleunigung der Briefbestellung von größter Wichtigkeit, daß die Boten bei Abgabe der Sendungen möglichst wenig aufgehalten werden. Hierzu kann das Publikum wesentlich beitragen. Auf die Anfertigung deutlicher Adressen mit vollständiger Wohnungsangabe in leserlicher Schrift ist schon wiederholt, und nicht ohne Erfolg, hingewiesen worden. Auch hat die Postverwaltung bereits früher ersucht, die Briefträger nicht ohne Not an den Türen warten zu lassen oder sie mit Geldwechseln 2c. aufzuhalten, da jede Minute kostbar ist. In dieser Beziehung hat es das Publikum in der Hand, die Verwaltung auf das wirksamste zu unterstützen und damit zugleich der Allgemeinheit einen dankenswerten Dienst zu leisten. Ganz besonders für diesen Zweck geeignet ist die Anbringung von Briefkästen an den einzelnen Wohnungen, wie solche von Geschäftstreibenden und Privatpersonen auch vielfach schon benutzt werden. Wenn jeder Besitzer und jeder Mieter an seiner Wohnung einen solchen Briefkasten anbringen läßt, in dessen Öffnung der Briefträger die gewöhnlichen frankierten Briefe, Postkarten und Drucksachen hineinsteckt, so liegt auf der Hand, daß eine große Beschleunigung der Bestellung zu erzielen ist. Denn nicht nur das Warten des Briefträgers auf das Öffnen der Tür, das wiederholte Klingeln usw. fällt weg, sondern es sind auch in den zahlreichen Fällen, in denen niemand zu Hause angetroffen wird, keine doppelten und dreifachen Gänge zu machen. Der Nutzen hiervon wird jedem einzelnen sehr bald dadurch fühlbar werden, daß die Bestellungen im ganzen sich schneller abwickeln. Für den Postfiskus bringt die Beherzigung des Obengesagten noch obendrein nicht unerhebliche Ersparnisse, da mit weniger Briefträgern in einer gegebenen Zeit mehr bestellt werden kann. Noch wichtiger als die Beschleunigung der Briefbestellung ist aber der Umstand, daß auf dem oben empfohlenen Wege die Strapazen der Briefträger durch Wegfallen des fortwährenden Treppensteigens ungemein erleichtert werden können.

Ein gutes Geschäft ist die Lübeck-Büchener Eisenbahn; die Aktionäre können alljährlich für ihre aufreibende Tätigkeit eine recht ansehnliche Dividende einstreichen. Für das verflossene Berichtsjahr ist wieder ein gesteigerter Gewinn zu verzeichnen. Das „Hamb. Fremdenblatt" berichtet darüber: „Die Dividende der Gesellschaft wurde Ende 1907 auf 8 Proz. geschätzt und wird wohl auch in dieser Höhe in der Sitzung, die gewöhnlich Ende des Monats März stattzufinden pflegt, festgesetzt werden. Angesichts der günstigen Situation der Gesellschaft beabsichtigen einige Berliner Aktionäre, für Auszahlung einer Dividende von 8½ Proz. in der Generalversammlung einzutreten sowie ferner dafür, daß übermäßige Rücklagen unterlassen werden, die im Falle der Verstaatlichung doch erfahrungsgemäß den Aktionären wenigstens teilweise verloren zu gehen pflegen. Nach der Entwickelung der Einnahmen wäre die Gesellschaft wohl in der Lage, 8½ Proz. Dividende zu zahlen. Die Gesamtbetriebs-Einnahmen und die Dividenden stellten sich in den letzten Jahren wie folgt:

1903:	6 484 096 Mk.	bei 6½ Proz.	Dividende
1904:	7 003 888 „	„ 7 „	„
1905:	7 299 058 „	„ 7½ „	„
1906:	7 832 477 „	„ 8 „	„
1907:	8 306 798 „	—	

Ebenso ist für die Monate Januar und Februar des laufenden Jahres bereits eine Mehreinnahme, und zwar von 51 519 Mk. ausgewiesen (bei einem Tag mehr). Selbst wenn der Betriebskoeffizient, der sich von 1903 bis 1906 zwischen 67,58 und 68,91 Proz. bewegte und für 1906 68,05 Proz. betragen hatte, bis 70 Proz. gestiegen sein sollte, könnte die Gesellschaft unbeschadet reichlicher Reservestellungen 8½ Proz. Dividende ausschütten, zumal die Reserven bereits auf 7 158 000 Mk. gleich ca. 34½ Proz. des Aktienkapitals angewachsen sind. Sie setzen sich zusammen aus dem Bilanzreservefonds von 2 079 000 Mk., dem Erneuerungsfonds von 3 018 777 Mark und dem Abschreibungs-Konto von 2 060 639 Mk., während das Aktienkapital 20 790 000 Mk. beträgt. — Trotz der außerordentlich hohen Betriebsüberschüsse bezieht eine große Anzahl der Bahnarbeiter sehr niedrige Löhne und die Klagen über Mißstände im Betriebe der Lübeck-Büchener Bahn wollen gar nicht verstummen. Aber so wird es kommen: die mit 8 Prozent unzufriedenen Aktionäre werden ihre Wünsche erfüllt sehen; die Angestellten aber müssen sich mit ihren alten Bezügen begnügen.

Eine öffentliche Schlachtergesellen-Versammlung tagte am Dienstag, den 17. März im „Friedrichshof". Der Gauvorsitzende Kollege Möller referierte über das Thema „Warum organisieren wir uns." In treffenden Ausführungen legte der Referent Zweck und Nutzen der Organisation dar. In der Diskussion sprach zunächst ein Mitglied der Brüderschaft. Derselbe war der Ansicht, daß eine Organisation für die Schlachtergesellen notwendig sei. Er erkannte auch an, daß die Brüderschaft, so wie sie jetzt besteht, nicht imstande ist, die Lage der Gesellen zu bessern. Der Zentralverband ist dem Kollegen aber auch nicht recht. Erstens, weil er sich angeblich zuviel mit Politik beschäftigt und zweitens glaubt der Kollege, daß die Meister nicht mehr existenzfähig sind, wenn sie das Kost- und Logiswesen abschaffen, wie es der Zentralverband wünscht. Er ist vielmehr der Ansicht, daß im guten Einvernehmen mit den Meistern nach und nach die Lage der Gesellen gebessert werden kann. Hierauf wurde erwidert, daß eine moderne Organisation garnicht umhin könne, sich mit der Sozialgesetzgebung zu befassen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß ein Meister, dessen Geschäft nur dann bestehen kann, wenn er seinen Gesellen menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthält, überhaupt nicht existenzberechtigt sei

Den Offenbarungseid leisteten im verflossenen Monat 15 Personen vor dem hiesigen Amtsgericht; eine Person berief sich auf einen bereits früher vor dem Amtsgericht in Hamburg geleisteten Offenbarungseid.

Gestorben ist gestern morgen der Kaufmann Hugo Händler, der sich Dienstag mit Lysol vergiftet hatte.

Frühlingsanfang. In der Nacht zum 21. März, um 1 Uhr, gelangt die Sonne in das alte Kalenderzeichen des „Widders", das bekanntlich nur auf dem geduldigen Papier unserer Kalender und Almanache steht, obwohl es mit den anderen elf „Zeichen" schon seit mehr als anderthalb Jahrtausenden in die Rumpelkammer veralteter Gebräuche gehört; es erben sich eben Gesetz und Sitte gleich einer ewigen Krankheit fort. In ihrem scheinbaren Jahreslaufe durch die Tierkreisbilder tritt die Sonne am 21. März 1908 keineswegs in das Sternbild des „Widders" — das tat sie vor 2000 Jahren —, sondern in das Sternbild der „Fische", denn im westlichen Fisch liegt jetzt der Frühlingspunkt, der durch die Präzession, d. i. durch das Vorrücken der Tierkreisbilder um 1,3947 Grade in hundert Jahren, nun schon rund 30 Grade gegen damals zurückgewichen ist und immer weiter zurückweichen wird, bis er den ganzen Zodiakus durchlaufen hat. Am 21. März durchschneidet die Sonne den Äquator, ihre Deklination ist also um 1 Uhr nachts gleich 0 Grad, sie tritt von der Südseite auf die Nordseite über, auf der sie bis zum 23. September verweilt. An diesen beiden Daten ist daher auf der ganzen Erde Tag und Nacht gleich lang, Äquinoktium, und es beginnt am 21. März auf der Nordhalbkugel der Frühling, auf der Südhalbkugel dagegen der Herbst. Beide sich entgegengesetzten Jahreszeiten währen bis zum 21. Juni, dem längsten Tage und Sommersanfang der Nordhemisphäre.

Von der Schiffahrt. 24 Dampfer und 27 Segler, zusammen 51 Schiffe, kamen im Laufe der vorigen Woche seewärts im hiesigen Hafen an. Auf dem Elbe-Trave-Kanal kamen in der gleichen Zeit 25 Fahrzeuge nach Lübeck.

pb. **Sachbeschädigung.** Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der sich dadurch der Sachbeschädigung schuldig machte, daß er eine Scheibe in der Tür des Hauses Hartengrube 24 zertrümmerte. Seiner Sistierung setzte er heftigen Widerstand entgegen.

pb. **Diebstahl.** Am 18. d. Mts., nachmittags in der Zeit von 5½—6 Uhr wurde im Warenhaus „Holstenhaus" einer Dame aus ihrer Handtasche ein braunes Damenportemonnaie mit etwa 35 Mk. gestohlen. Das Portemonnaie ist neu, innen mit gelblichem Leder gefüttert und außen mit Blumen verziert.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf das Freitag stattfindende einmalige Gastspiel von Frl. Gitti Bauer vom Neuen Operetten-Theater in Hamburg möchten wir nochmals ganz besonders aufmerksam machen. Die Künstlerin wird die Isabella in der melodienreichen Suppéschen Operette „Boccaccio" singen. Am Sonnabend wird als volkstümliche Vorstellung zu den bekannten billigen Preisen „Der Hüttenbesitzer" gegeben. Sonntag nachmittag geht zu kleinen Preisen „Die Grille", abends 7 Uhr als Doppel-Vorstellung zuerst die Oper „Amelia, oder Ein Maskenball", hierauf das Lustspiel „Unsre Käte" in Szene. — Im **Hansa-Theater** wird Freitag noch ein letztes Gastspiel des Stadttheater-Ensembles stattfinden, wobei das unterhaltende, echte Lustspiel „Unsre Käte" in Szene gehen wird.

Schwartau. Eine imposante Märzfeier fand gestern abend hier im festlich geschmückten „Gasthof Transvaal" statt. Die geräumigen Lokalitäten waren derart stark besetzt, daß viele wieder umkehren mußten. Die Feier wurde durch Gesangsvorträge der Gesangvereine „Vorwärts" und „Harmonie" eröffnet. Sodann hielt Genosse Stelling-Lübeck die Festrede, in der er die politischen Verhältnisse vor 60 Jahren mit denen der Jetztzeit verglich und auf den preußischen Wahlrechtskampf hinwies. Weiter gedachte der Redner des Wirkens Karl Marx. Nach dem Referat wechselten Gesangsvorträge mit Rezitationen ab. Der Aufforderung des Genossen Leu zum Beitritt in die „Partei" leisteten 15 Frauen Folge.

Hamburg. Feuer in einer chemischen Fabrik. Heftige Detonationen ertönten gestern vormittag bald nach 10 Uhr in einem parterre gelegenen Fabrikationsraum der Chemischen Fabrik Ellerholz, Ellerholzdamm 42 auf Steinwärder, wo metallene Ballons mit Schwefeläther gefüllt werden. Die Explosionen waren durch Selbstentzündung des Äthers entstanden. Im Nu stand der ganze Raum in hellen Flammen. Eine Ausdehnung des Feuers über das ganze Fabrikgebäude stand zu befürchten, doch wurde es durch das rasche und energische Eingreifen der Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt. Der Raum ist vollständig ausgebrannt. Das Feuer hat auch nach dem oberen Geschoß einen Ausgang gefunden. Die maschinellen Anlagen sowie etwa 50 Ballons sind gänzlich zerstört, so daß dieser Teil des Betriebes eine Unterbrechung erleidet.

Altona. Die Demonstrationsversammlungen am 18. März. Gestern nachmittag fanden in Preußen fast an allen größeren Orten Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlunrecht statt. In Altona, Ottensen und Wandsbek tagten nachmittags 3 Uhr große, imposante Versammlungen, von Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besucht. Die Versammlungen nahmen einen erhebenden Verlauf. Überall wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung gedenkt in Ehren der Helden, die vor 60 Jahren den Kampf gegen die verrotteten Zustände des preußischen Junkerstaates aufnahmen und ihr Leben auf dem Altar der Freiheit opferten. Voll Empörung erinnern sich dagegen die Versammelten der feigen Haltung des größten Teiles des preußischen Bürgertums, die es der Reaktion ermöglichte, an die Stelle des in den Märztagen geborenen demokratischen Wahlrechtes das heute noch bestehende Dreiklassenwahlsystem zu oktroyieren. Ein Wahlsystem, das der blutigste Hohn auf staatsbürgerliche Gleichheit ist, das den Vertretern des großen Grundbesitzes und des Großkapitals die Gesetzgebung des Staates in die Hände spielt und sechs Siebentel aller Wähler der ersten und zweiten Klasse herabwürdigt. Die Versammelten erheben flammenden Protest gegen diese politische Entrechtung, die sie angesichts der Rechte der Staatsbürger der süddeutschen Staaten als brennende Schmach empfinden müssen. Dieser Zustand kennzeichnet Preußen als einen der rückständigsten Staaten und stempelt die Behauptung des jetzigen preußischen Ministerpräsidenten: „Preußen in Deutschland voran!" zu einer verlogenen Phrase. Wenn selbst nach Bülows berüchtigtem Silvesterbrief der deutsche Arbeiter der gebildetste der Welt ist, dann kann ehrlicherweise dem preußischen Arbeiter ein Recht nicht verweigert werden, das die Arbeiter vieler Staaten längst besitzen. Die Versammelten verlangen Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und Verteilung der Vertreter nach Maßgabe der Verhältniswahl, und sie geloben feierlich, nicht eher zu ruhen, bis dieses Wahlverfahren für die Wahlen zur preußischen Volksvertretung errungen ist.

Bardowiek. Vorgeschichtlicher Skelettfund. In einer seit längerer Zeit trockenen Moorkuhle wurde hier kürzlich ein merkwürdiger Fund gemacht. Einige Arbeiter des Brennereibesitzers Thiele fanden beim Graben ein ganz eigenartiges Skelett von ungefähr 70 Zentimeter Länge. Der außerordentlich hohe schmale Schädel ist sehr groß, und wird etwa ein Drittel der Länge des ganzen Tieres ausgemacht haben. Von der Wirbelsäule sind leider nur die ersten fünf Wirbel mit den Rippen vorhanden, der Rest ist von den Arbeitern achtlos verworfen. Das starkknochige Skelett war von einer dichten, fettigen Substanz umhüllt, die es anscheinend konserviert hat. Es handelt sich wahrscheinlich um das Skelett eines Wals, und es sind wohl sicher einige Jahrtausende verflossen, seit es vom Alluvialboden bedeckt wurde. Der Fund wird dem Naturhistorischen Museum in Hamburg zur weiteren Bestimmung der Art übersandt werden.

Güstrow. Vom Schwurgericht. Die erste Sache der Dienstagssitzung betraf den 27 Jahre alten Knecht Joachim Pieper aus Rieps. Der Angeklagte wird beschuldigt, in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember v. J. auf dem Wege von Schlagsdorf nach Rieps 2 Strohmieten vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Die eine der Mieten gehörte dem Mühlenbesitzer Kophal zu Schlagsdorf, die andre der Häuslerwitwe Jabs in Schlagsdorf. Der Kophalsche Strohdiemen enthielt 24 Fuder Bundenstroh und war mit 240 Mk. gegen Feuersgefahr versichert, der Jabssche Diemen enthielt 6 Fuder und war mit 90 Mk. versichert. Beide Strohdiemen brannten vollständig ab. Pieper ist geständig. Er entschuldigt sich mit vollständiger Trunkenheit. Die Geschworenen bejahten die gestellten Schuldfragen und verneinten die Fragen nach mildernden Umständen. Der Angeklagte wurde darauf, den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechend, wegen Verbrechens gegen die §§ 308, 74 St.-G.-B. zu einem Jahre und neun Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt das Gericht noch gegen den Knecht Wilhelm Hinrichs aus Schwarz wegen Sittlichkeitsverbrechens und versuchten Raubes. Bezüglich des ersten Vergehens bejahen die Geschworenen die Schuldfragen, bezüglich des Raubes werden alle Schuldfragen verneint. Urteil: Neun Monate Gefängnis. — In der ersten am Mittwoch anstehenden Sache hatten sich die Pferdeknechte Albert Berger aus Guben und Berthold Rietdorf aus Zossen zu verantworten. Ihnen wird zur Last gelegt, am 25. Oktober in der Nähe von Kotelow die Eisenbahnanlage der dortigen Schmalspurbahn beschädigt zu haben, daß der Transport auf derselben in Gefahr geriet und zwar dadurch, daß sie das Vorlegeschloß der Kotelower Weiche entzwei brachen und dann die Weiche umlegten. Die Angeklagten wurden wegen Vergehens gegen § 315 St.-G.-B. je zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Letzte Nachrichten.

Mülhausen i. E., 18. März. Eine schwere Bluttat verübt. Der Handlungsgehilfe Juckers wurde nachts auf der Straße erstochen. Man fand den Mann als Leiche neben seinem Fahrrad.

Wittighausen (Unterfranken), 18. März. Der sechzehnjährige Wiesenbauschüler Endres, der aus Versehen in einen Schnellzug statt in einen Personenzug geraten war, sprang, nachdem er sein Gepäck vorausgeworfen hatte, aus dem in voller Fahrt die Station passierenden Schnellzug heraus und blieb tödlich verletzt liegen.

Bern, 18. März. Auf den Jurabergen bei Sanct Immer wurde der 23jährige Skifahrer Jean Evrard, der sich am Sonntag in der Nacht auf dem Heimwege verirrte, erfroren aufgefunden.

Petersburg, 18. März. Zwischen den Generälen Fock und Smirnow fand heute wegen der Aussage im Port Arthur-Prozeß ein Duell statt, bei dem Smirnow schwer verwundet wurde.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiet und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Morgen Freitag, abends 8½ Uhr.

Unserm Freund **Heinrich Prüßmann** zu seinem heutigen Geburtstage ein 999 mal donnerndes Hoch.

Nun rate mal. D. F. O. B.

Die glückliche Geburt einer kräftigen **Tochter** zeigen hocherfreut an.

Lübeck, den 15. März 1908.

Theodor Nilson und Frau, geb. Philipp.

Suche für meine Tochter,
15 Jahre alt, **Stellung** mit Familienanschluß und wenig Gehalt. Offert. unter **S. A. G.** an die Expedition d. Bl.

Junge Witwe sucht noch einige Stellen zum Waschen.
Hüxstraße 99, Flügel.

Schneidergeselle gesucht
Martin Fürböter. Fleischhauerstr. 46.

Zu vermieten möbl. Zimmer
mit voll. Pension. 11, 12 u. 13 Mk. pr. Woche Mühlenstr. 34, II. links, Eingang Kavitelstr. 1.

Ein großes heizb. Zimmer
zu vermieten. Torneiweg 2.

Gesucht zum 1. Juli eine Zweizimmer-Wohnung von Leuten mit einem Kind am liebsten vorm Burgtor. Offerten unter **B 55** an die Expedition d. Bl.

Zum 1. Juli 2 bis 3 Zimmer-Wohnung von ruhigen Mietern gesucht. Offerten mit Preis unter **A 17** an die Expedition d. Bl.

Zweischläfrige Bettstelle,
fast neu und 6fl. Petroleummaschine zu verk. Dankwartsgrube 32.

Ein einspänniger Rollwagen
billig zu verkaufen. Näh. Friedenstraße 97.

Eine gutnäh. Singer-Handnähmaschine, neues System, zu verkaufen.
Schönkampstraße 14 a.

Per Zufall zwei neue Brautbetten billig zu verkaufen. Balauerfohr 37.

Ein Kinderklappstuhl zu verk.
Johannisstr. 30, Hinterhaus. (Bitte klingeln.)

Verloren am Sonntag, 15. d. Mts., eine goldene Brosche, in der Form Glaube, Liebe, Hoffnung u. Photographie, von der Ziegelstraße 150, Fackenburger Allee bis zur Lohmühle. Gegen gute Belohnung abzugeben bei **A. Hopp,** Ziegelstraße 150.

100-150 Quadratruten Land
in der Vorstadt St. Lorenz, am liebsten mit Obstbäumen, auf mehrere Jahre zu pachten gesucht. Angebote unter **H H** an die Exped. dieses Blattes.

Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.
à Bändchen 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

78 Millionen Mark

wurden im Jahre 1907 an das Ausland für Naturbutter gezahlt. Diese enorme Summe könnte dem deutschen Nationalvermögen erhalten bleiben, wenn die Hausfrauen statt dieser teuren ausländischen Butter von mitunter recht zweifelhafter Qualität nur die allerfeinste Margarine

„Siegerin“

welche von **Naturbutter** nicht zu unterscheiden ist, oder

„Mohra“

Delikatessmargarine als besten Ersatz für die teuere **Butter** gekauft hätten. Dabei hätten die deutschen Hausfrauen noch mindestens

30 Millionen Mark gespart

weil beide vorzüglichen Marken soviel billiger sind, wie ausländische Butter.

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Altona-Bahrenfeld.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.
Redigiert von **Klara Zetkin.**

Mit den Beilagen: **Für unsere Mütter und Hausfrauen. Für unsere Kinder.**
Erscheint alle vierzehn Tage in Nummern a 10 Pfg oder bei Postbezug vierteljährlich 55 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

Ein Kenner kauft nur **Brennabor-Räder,** da dieselben nicht teurer wie andere Marken und ausschließlich **mit Continental prima** Reifen und Ia. Lederzeug montiert sind.
Nur bei
H. A. Hill Nachf. Walter Schmidt
obere Johannisstraße 9. — Fernruf 1129.

Wegen Umzug.

Zur billigen Fleischquelle 48b Königstr. 48b

Kernfettes Rindfleisch
Junges Schweinefleisch
Frisch Gehacktes } **Pfund 60 Pfg.**
Scheiben-Beefsteak Pfd. 1,00 Mk., Karbonade Pfd. 70 Pfg.
Schweine- u. Rinderbraten Pfund 65 Pf., Kalbfl. 50 Pf.

Verein der Hausangestellten

(Dienstmädchen, Wasch- und Reinmachefrauen)
Sitz Lübeck.

Einladung zum Ball

verbunden mit **ernsten, humoristischen und Gesangs-Vorträgen unter gefälliger Mitwirkung des Gesang-Vereins „Lyra“**
am Sonntag, den 29. März 1908 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Anfang des Balles 6 Uhr. Anfang der Vorträge 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Karten sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und im Vereinshaus zu haben.
Der Vorstand.

Verband der Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 20. März 1908,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52.

Tages-Ordnung:
1. **Bericht der Tarifkommission.**
2. **Bericht vom Kartell.**
3. **Verschiedenes.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Frisenrjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Haar-
schneidemaschinen mit 2 Schnittlängen 3 Mark, sowie Schleifen derselben.
Oldorf, St. Petri 7 Fernsprecher 1251.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Außerordentliche
General-Versammlung
am Freitag, 20. März,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Unterstützungskasse des Zentral-Verbandes Deutscher Konsumvereine.
Referent: Redakteur Heeren-Hamburg.
2. Beschlußfassung über den Beitritt zu der Unterstützungskasse.

Mitgliedsbücher oder Karten sind vorzuzeigen.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Lübeck u. Umgeg.
R. Waldburger, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vandalia“
Schlutup.

Extra-Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 21. März
abends 8½ Uhr
im Vereinslokal.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Freitag, 20. März. 8 Uhr.
Letztes Gastspiel! Großer Lacherfolg.
Unsere Käte.
Lustspiel in 3 Akten von Davies.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Freitag, den 20. März. 8 Uhr.
124. Abon.-Vorst. 25. Freitags-Abon.
Gastspiel von **Cilly Bauer** vom Neuen Operetten-Theater in Hamburg.
Boccaccio.
Operette in 3 Akten von Suppé.
Sonnabend: Loge 75 Pf., Parkett 50 Pf.
Der Hüttenbesitzer.
Sonntag, 4 Uhr. Kleine Preise.
Die Grille.
Abends 7 Uhr. Doppel-Vorstellung.
Ein Maskenball.
Hierauf:
Unsere Käte.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 67. Donnerstag, den 19. März 1908. 15. Jahrg.

Miete und Einkommen.

Von entscheidender Bedeutung für die Befriedigung des Wohnbedürfnisses minderbemittelter Volksschichten ist der Preis der Mietswohnung und sein Verhältnis zum Gesamteinkommen. Man hat über dies Verhältnis schon seit langer Zeit Untersuchungen vorgenommen und als allgemeine Regel aufgestellt, daß bei einem Einkommen bis zu 3000 Mark die Familie ein Siebentel bis ein Sechstel, jedenfalls nicht mehr als allerhöchstens ein Fünftel für die Wohnung aufwenden dürfe. Diese allgemeine „Regel" ist jedoch ziemlich nichtssagend; es liegt auf der Hand, daß eine kinderreiche Familie in ihren Aufwendungen für die Wohnung immer bis an die Grenze des überhaupt Erschwinglichen gehen muß, während gerade sie durch die Höhe ihrer sonstigen Ausgaben besonders stark in Anspruch genommen wird; es ist ferner zu beachten, daß die mögliche Höhe des Mietsaufwandes entscheidend von den Preisen der übrigen Lebensbedürfnisse beeinflußt wird. In Zeiten billiger Fleisch-, Brot-, Butter-, Gemüse- und Obstpreise, wenn gleichzeitig die Kleidung wohlfeil ist und der Aufwand für etwas Verschönerung und Vergeistigung des Lebens in mäßigen Grenzen bleibt, kann eine wenig zahlreiche Familie leicht mit ihrer Wohnung etwas „Luxus" treiben; ganz anders aber, wenn, wie neuerdings, die Kosten des bloßen Lebensunterhaltes andauernd empfindlich steigen und in den Kreisen der Minderbemittelten zu Einschränkungen Anlaß geben, die direkt physiologisch bedenklich erscheinen und auf die Dauer ruinös wirken werden. In solchen Tagen ist oftmals schon der Aufwand des sechsten Teils des Gesamteinkommens für die Ermietung der Wohnung eine kaum zu ertragende Last. Und doch — wie sieht es in Wirklichkeit aus!

Die neuesten Zahlen über das Verhältnis von Wohnungsmiete und Einkommen hat das Statistische Amt der Stadt Schöneberg in seinem Monatsbericht für Dezember 1907 geliefert. Die Angaben über das Einkommen der Bevölkerung werden den Steuerlisten entnommen; daß sie nicht ganz einwandfrei sind, weiß jeder, der die Verhältnisse der Steuereinschätzungen und Selbsteinschätzungen kennt, aber die Fehler gleichen sich nach oben und unten einigermaßen aus, so daß man die Zahlen wohl verwenden kann. Stellen wir nun die gezahlte Miete mit dem versteuerten Einkommen in einen Vergleich, so zeigt sich das wichtige Ergebnis, daß die ärmere Bevölkerung einen außerordentlich hohen Teil des von ihr versteuerten Einkommens für Miete aufwendet. Das ist eine Bestätigung des alten sogenannten „Schwabeschen Gesetzes". Der Berliner Statistiker Schwabe hat nämlich schon vor langer Zeit auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß die Bevölkerung verhältnismäßig um so mehr für den von ihr benutzten Wohnraum bezahlen muß, je geringer ihr Einkommen ist. Betrachten wir die Schöneberger Verhältnisse im einzelnen, so ergibt sich, daß wir in jener Stadt rund 16 000 Familien mit einem versteuerten jährlichen Einkommen von nicht mehr als 1200 Mk. haben. Alle diese Leute sollten eigentlich nicht mehr als etwa 200, allerhöchstens 240 Mk. jährlich für ihre Wohnung aufzuwenden haben. Nun gibt es aber in ganz Schöneberg (einschließlich von 1000 Freiwohnungen) noch nicht 7000 Wohnungen zu einem Mietspreise bis zu 300 Mk. Von diesen 7000 Wohnungen müssen wir überdies etwa 1400 weiterhin abziehen, weil sie von Familien mit einem höheren Einkommen als bis zu 1200 Mark jährlich besetzt sind. Also ergibt sich: mindestens 13 000 Schöneberger Familien mit bis zu 1200 Mk. versteuertem Einkommen müssen mehr als den vierten Teil dieses Einkommens für die Miete aufwenden. In der Einkommensstufe von 900 bis 1500 Mk. steigt dieser Mietsanteil in 20 Prozent der Fälle auf über die Hälfte des versteuerten Einkommens; drei Viertel der Haushaltungsvorstände mit einem versteuerten Einkommen von 900 bis 1500 Mk. zahlen mindestens 27 Prozent, ein Viertel von diesen sogar mindestens 43 Prozent ihres Einkommens für Miete. Das ist in sehr vielen Fällen natürlich nur dadurch möglich, daß die Last der Wohnungsmiete zum Teil auf andere, nämlich auf Aftermieter, Chambregarnisten und Schlafburschen oder Schlafmädchen, abgewälzt wird. Es ist da ein kleiner Unterschied zu machen, allerdings wohl nicht einwandsfrei zu beweisen: von den Haushaltungen mit Chambregarnisten dürften nämlich die meisten im Hinblick auf die Aufnahme dieser Abmieter von Anfang an und nach planmäßigem Suchen unter Abwägung der Gewinn- und Verlustwahrscheinlichkeit eine größere Wohnung gemietet haben als ohnedies. Hingegen dürfte die Aufnahme von Schlafgängern in der Regel deshalb erfolgen, weil der Haushaltungsvorstand nicht in der Lage ist, eine seinem Einkommen entsprechende Wohnung zu finden. Wenn er mit seiner Familie nicht obdachlos werden will, muß er sich wohl oder übel zu dem peinlichen und in mehr als einer Beziehung gewagten Entschluß verstehen, Familienfremde in sein Heim aufzunehmen. In Schöneberg wurden am 1. Dezember 1905 4100 Chambregarnisten und 4507 Schlafgänger gezählt.

Unter den gegebenen Umständen ist es für eine Arbeiterfamilie oft geradezu ein Glück, einen anständigen Schlafburschen oder ein sittenreines und häusliches Schlafmädchen zu finden; denn diese allein ermöglichen ihr erst die Ermietung einer Wohnung. Aber nicht alle Arbeiterfamilien können auf die Gewinnung eines Aftermieters rechnen — abgesehen von anderen Gründen schon deshalb, weil ihre Zahl die der Schlafburschen erheblich übersteigt. Tatsache ist, daß nach Ausscheidung aller Haushaltungen mit Aftermietern noch immer drei Viertel aller Familien mit einem versteuerten Einkommen bis zu 1200 Mk. mehr als 300 Mk., das sind 25 Proz., für Wohnungsmiete ausgeben müssen; in allen Stufen von 900 bis 1800 Mk. wendet die Hälfte aller Familien sogar mehr als 30 Prozent für Wohnungsmiete auf. Bei 3000 Mk. versteuertem Einkommen erst verringert sich der Anteil der Wohnungsmiete auf etwa ein Viertel des versteuerten Einkommens, um bei etwa 5000 Mk. auf ein Fünftel, bei etwa 9000 Mk. auf ein Sechstel, bei etwa 16 000 Mark auf ein Achtel, bei etwa 20 000 Mk. auf ein Zehntel und bei etwa 45 000 Mk. auf ein Zwanzigstel zu fallen.

Also fällt die Last einer unnatürlich hochgetriebenen Bodenrente in erster Linie auf die Armen. Schöneberg ist ein typischer Ort für Wertsteigerung des Grund und Bodens beim Übergang von landwirtschaftlicher Nutzungsfläche in Baugrund. In Schöneberg kann man nicht wohl die modernen großen Bodenspekulationsgesellschaften für die unerhörte Auspowerung der Massen verantwortlich machen: dort haben vielmehr die ursprünglichen Bodenbesitzer — die „Millionenbauern" — dies Geschäft selbst besorgt. Ihnen ist die Schöneberger Arbeiterschaft tributpflichtig; damit diese Drohnen im Nichtstun ihre Tage verbringen können, müssen sich die Proletarier im harten Lebenskampf aufreiben, muß die Arbeiterjugend eine freudlose Entwicklung in überfüllten Wohnungen durchmachen!

In anderen Städten ist es nicht wesentlich anders, wenngleich im einzelnen die Zahlen von den Schönebergischen abweichen mögen. Erwünscht wäre jedenfalls, daß alle statistischen Städteämter zu ähnlichen Untersuchungen angeregt würden.

Soziales und Parteileben.

Die Marmorarbeiter Leipzigs wurden ausgesperrt, weil sie sich weigern, den am 1. März dieses Jahres abgelaufenen Tarifvertrag, ohne Verbesserung, nochmals auf 2 Jahre anzuerkennen. Die Löhne dieser Steinarbeiter entsprechen absolut nicht den Lebensverhältnissen einer Großstadt, auch gegen andere Orte stehen sie sehr zurück. Die Marmorhauer erhielten bisher 55 Pfg. und die Schleifer 45 Pfg. Stundenlohn bei 9stündiger Arbeitszeit. Für die Schleifer bestand außerdem ein Akkord-Lohntarif. Die verlangten Verbesserungen gipfeln in einer zehnprozentigen Erhöhung. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab und ließen zur Begründung das jetzt geflügelte Wort „Krise" mit allem, was hierdurch zum Ausdruck gebracht wird, aufmarschieren, erklärten dann aber, daß sie nicht abgeneigt seien, den „besseren" Arbeitern, allerdings nach ihrem eignen Ermessen, eine kleine Erhöhung der Stundenlöhne zu bewilligen, doch im Tarif sollte dergleichen nicht bestimmt werden. Das war ein Entgegenkommen; dabei wissen die nun aufs Ganze gehenden Unternehmer sehr gut, daß innerhalb 8 Jahre die Stundenlöhne um — 5 Pfg. aufgebessert sind. Trotzdem wird auch bei diesem Kampfe die alte Leier von der „Unverschämtheit" der Arbeiter in den Leibblättern der Unternehmer wieder ertönen. Der Geschäftsgang in der Marmorindustrie ist trotz der momentanen wirtschaftlichen Depression gut, auch die Nachfrage nach Arbeitskräften nach außerhalb ist günstig, verschiedene Ausgesperrte konnten ohne weiteres anderweitig Unterkommen finden. Die Firmen nennen sich Gebrüder Bosüner, John u. Sohn, Wutzler, Sachse (Urban u. Weise). Lasse sich nun kein Marmorarbeiter verleiten, nach Leipzig zu kommen, kein Arbeiter gebe sich dazu her, vielleicht angelernt zu werden, wie es die Unternehmer planen, sondern sorge jeder dafür, daß diese „starken Leute" mit ihren verwaisten Werkstätten unter sich bleiben.

Aussperrung der Münchener Chauffeure und Droschkenkutscher. Die Münchener Droschkenkutscher und Chauffeure hatten die vor dem Einigungsamt provisorisch festgelegten Vereinbarungen abgelehnt und beschlossen, den Streik vorläufig abzubrechen und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Ein Versammlung der Droschken- und Automobilbesitzer faßte hierauf den Beschluß, nur solche Kutscher wieder aufzunehmen, die sich unterschriftlich verpflichten, aus der Organisation auszutreten, und von dem Gehilfenausschuß zu verlangen, die vor dem Einigungsamt getroffenen Vereinbarungen unterschriftlich anzuerkennen. Als der Gehilfenausschuß dies ablehnte, erfolgte die Aussperrung der sämtlichen organisierten Kutscher und Chauffeure. — Die Lohnkutscherinnung und die Vereinigung Münchener Kraftfahrzeugbesitzer befürchten nämlich, daß der Streik im Mai zu Beginn der Ausstellung 1908 von neuem ausbrechen könnte. Der Kampf wird also von neuem entbrennen. Zuzug von Kutschern und Chauffeuren nach München ist fernzuhalten.

Verleumdungsfreiheit hat die bürgerliche Presse gegen die leitenden Personen in der Arbeiterbewegung: Das ist wieder einmal durch ein Gerichtsurteil erwiesen. Das Lokalblättchen „Merseburger Korresp." brachte am 6. Oktober vorigen Jahres eine Notiz, daß eine sozialdemokratische Versammlung in Weißenfels den Boykott über die Oettlersche Brauerei aufgehoben habe. Dann heißt es weiter: „Wie uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, soll diesem öffentlichen Akt eine Privatbesprechung der Leiter der Oettlerschen Brauerei mit den maßgebenden sozialdemokratischen Personen über die Aufhebung des Boykotts stattgefunden haben, wobei sich die Firma Oettler als liebenswürdige Spenderin und Gastgeberin gezeigt habe. Die Stimmung für Oettler soll denn auch bei den Beteiligten von vornherein günstig gewesen sein." Außer dem sozialdemokratischen Vertreter in Weißenfels hat an den Verhandlungen mit der Firma auch der Gauleiter des Brauereiarbeiterverbandes, Genosse Amborn aus Leipzig, teilgenommen, der nun den Verleumder vor den Kadi zitierte. Merkwürdigerweise hat das Leipziger Schöffengericht die von

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(12. Fortsetzung.)

Eine Weile saß Orso regungslos da. Er wagte es nicht, diese furchtbaren Reliquien zu entfernen. Endlich bezwang er sich und legte sie wieder in die Schatulle. Dann eilte er an das andere Ende des Zimmers, warf sich auf das Bett, und das Gesicht gegen die Mauer kehrend, begrub er es tief in die Kissen, als ob er dem Anblick eines Gespenstes entfliehen wolle. Die letzten Worte seiner Schwester gellten ihm unaufhörlich in den Ohren, und es war ihm, als höre er die Stimme eines furchtbaren Gerichts, das mit unerbittlicher Strenge Blut, unschuldiges Blut von ihm verlange. Es ist unmöglich, die Empfindungen des unglücklichen jungen Mannes zu schildern; sie fluteten in wilder Verwirrung durcheinander, wie sie die Gedanken eines Wahnsinnigen bestürmen. Lange Zeit blieb er so liegen und wagte nicht einmal den Kopf zu wenden. Endlich stand er auf, verschloß die Schatulle und stürzte hastig aus dem Hause fort, hinaus auf das Feld, immer grade vor sich hineilend, ohne zu wissen wohin.

Nach und nach fühlte er sich erleichtert; die frische Luft tat ihm wohl; er wurde ruhiger und konnte mit kühlerem Blute über seine Lage nachdenken und über die Mittel, wie er sich in übereinstimmung mit seiner Ehre und seinem Gewissen daraus befreien könne. Der Leser wird sich erinnern, daß er die Barricini keineswegs für die Mörder hielt, aber er hatte sie im Verdacht, die Urheber des im Namen des Banditen Agostini geschriebenen Briefes zu sein; und dieser Brief, wenigstens glaubte er das, hatte den Tod seines Vaters verursacht. Indessen schien es ihm unmöglich, sie als Fälscher gerichtlich verfolgen zu können. Manchmal, wenn die heimatlichen Vorurteile oder die wilden Triebe seiner Rasse in ihm erwachten, und seine erhitzte Phantasie bei einer Biegung des Pfades ihm vorspiegelte, wie leicht es sei, die Rache zu nehmen, dann plötzlich kam ihm der Gedanke an seine Regimentskameraden, an die Pariser Salons und vor allem an Miß Nevil, und er schauderte vor so finsterer Tat zurück. Aber auch der Vorwürfe seiner Schwester mußte er immer wieder gedenken, und was noch von korsischem Element in seinem Charakter war, das trug dazu bei, diese Vorwürfe vor seinem eigenen Urteil zu rechtfertigen und ihren Stachel sogar noch zu verschärfen. In diesem Kampfe, den Gewissen und Vorurteil in seinem Innern mit einander zu bestehen hatten, zeigte sich ihm nur ein einziger Ausweg. Er konnte unter irgend einem Vorwande mit den Söhnen des Advokaten Streit suchen und die Sache dann in einem Zweikampf zum Austrag bringen. Wenn er einen derselben durch eine Kugel oder einen Degenstoß aus der Welt schaffte, dann war alles gesühnt, seinen korsischen und seinen französischen Begriffen von Ehre war genug getan. Als er sich selbst über die Gültigkeit dieser Art von Ausgleichung klar geworden war und nun über die Mittel der Ausführung nachsann, fühlte er seine Seele um vieles erleichtert. Bald gesellten sich andere, süßere Gedanken dazu, die fieberhafte Spannung seines Wesens zu mildern.

Als Cicero über den Tod seiner Tochter in Verzweiflung war, gewährte es ihm eine Linderung seines Schmerzes, wenn er über all das Schöne nachdachte, was sich über solch einen Fall sagen ließe. Mr. Shandy tröstete sich über den Verlust seines Sohnes durch allgemeine Betrachtungen über Leben und Tod. In ähnlicher Weise fand auch Orso eine sänftigende Ableitung seiner Gefühle, indem er sich in Gedanken damit beschäftigte, Miß Nevil den Zustand seiner Seele zu schildern; und es konnte ja gar nicht fehlen, daß durch solch eine Schilderung das Interesse des schönen Geschöpfes mächtig erregt werden mußte.

Er befand sich wieder auf dem Rückwege zum Dorfe, von dem er sich, ohne es selbst zu gewahren, sehr weit entfernt hatte; da vernahm er plötzlich die Stimme eines kleinen Mädchens, das jedenfalls in der Meinung, von niemandem gehört zu werden, auf dem Fußpfade am Rande des Waldes sang. Es war eine von jenen gemessenen und eintönigen Melodien, wie sie für die Totenklagen gebräuchlich sind, und das Kind sang grade die Worte:

„Hebt für meinen Sohn, den Fernen,
Sorglich auf das Ehrenzeichen
Und mein morddurchlöchert Hemde!" . .

„Was singst du da, Kleine?" fragte Orso, plötzlich hervortretend, in fast zornigem Tone.

„Ihr seids, Ors Anton!" rief das etwas erschrockene Kind . . . „Das ist ein Gesang von Fräulein Colomba . ."

„Du sollst ihn nicht singen," sagte Orso mit drohender Stimme.

Das Kind blickte scheu bald zur Rechten, bald zur Linken, als ob es bei sich überlege, nach welcher Seite hin es wohl entschlüpfen könne. Es würde ganz gewiß das Reißaus genommen haben, wäre es nicht der Sorge wegen für ein großes Packet, das vor ihm auf dem Grase lag, davon abgehalten worden.

Orso schämte sich jetzt seiner Heftigkeit.

„Was hast du da, mein Kind?" fragte er so sanft, wie es ihm nur möglich war.

Da Chilina mit der Antwort zögerte, zupfte er das Leintuch, worin das Paket gehüllt war, ein wenig in die Höhe und sah, daß es ein Brot und andere derartige Vorräte enthielt.

„Wem willst du dieses Brot bringen, liebe Kleine?" fragte er weiter.

„Ihr wißt es ja, Herr; es ist für meinen Onkel bestimmt."

„Und ist dein Onkel nicht Bandit?"

„Zu dienen, Ors Anton."

„Wenn dir aber die Gendarmen in den Weg kämen und dich fragten, wohin du gehst . . ."

„Dann würde ich ihnen sagen", antwortete das Kind, ohne weiteres Besinnen, „daß ich den Luchesen, die im Walde das Holz fällen, das Essen bringen wolle."

„Und wenn du nun mit einem heißhungerigen Jäger zusammenträfest, der dir über deine Vorräte herfiele, um auf deine Kosten zu Mittag zu essen?" . . .

„Das würde keiner wagen, wenn ich sagte, daß sie für den Onkel bestimmt sind."

„Freilich, der ist nicht der Mann darnach, sich seine Mahlzeit nehmen zu lassen . . . dein Onkel hat dich wohl recht lieb?"

„Das will ich meinen, Ors Anton. Seitdem mein Papa gestorben ist, sorgt er für die ganze Familie: für meine Mutter, für mich und für meine kleine Schwester. Vor Mamas Krankheit hat er sie immer bei den reichen Leuten empfohlen, daß sie ihr Arbeit geben sollten. Der Maire schenkt mir jedes Jahr ein neues Kleid, und der Pfarrer unterrichtet mich im Katechismus und im Lesen; das geschieht alles, seitdem der Onkel mit ihnen gesprochen hat. Aber am meisten sorgt Fräulein Colomba für uns."

In diesem Augenblicke erschien ein Hund auf dem Pfade. Das kleine Mädchen legte zwei seiner Finger auf den Mund und ließ einen scharfen Pfiff ertönen. Der Hund kam

Amborn benannten Zeugen kommissarisch vernehmen lassen, während es den Entlastungszeugen des Redakteurs Rößner vom „Merseb. Korresp.“ zur Verhandlung selbst laden ließ. Die beiden kommissarisch vernommenen Zeugen, der Buchhalter Ausleger und der Braumeister Pietsch, die für die Brauerei die Verhandlung damals führten, sagten übereinstimmend aus, daß weder während, noch nach der Verhandlung eine Bewirtung durch die Brauerei stattgefunden habe, noch auch, daß Geschenke gemacht worden seien. Der zur Verhandlung herbeizitierte Entlastungszeuge Rößners sagte aus, daß er nur davon gesprochen habe, die Brauerei werde schon Bier und Wein spendieren. Trotz dieser Aussagen sprach das Schöffengericht Rößner frei und begründete sein Urteil folgendermaßen: Die Notiz enthält zwar Beleidigungen, sie ist auch geeignet, die Personen verächtlich zu machen, denn es wird gesagt, daß sie sich nicht durch sachliche Erwägungen, sondern durch Geschenke zur Beilegung des Boykotts hätten bewegen lassen. Der Freispruch sei aber erfolgt, weil Rößner den Amborn gekannt, ihn also auch nicht gemeint habe. Gegen dieses Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Warnung! Von kompetenter Seite geht uns nachstehende Mitteilung zu: „In der letzten Zeit ist im Auslande ein Subjekt aufgetaucht, das sich an die russischen, lettischen usw. Genossen mit der Bitte wendet, ihm in verschiedenen Angelegenheiten behilflich zu sein und Verbindungen mit den Genossen im Auslande zu verschaffen. Zur Legitimierung seiner Persönlichkeit zeigt der Betreffende eine Empfehlung der „Technischen Gruppe am Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ vor. Da eine solche „technische Gruppe“ gar nicht existiert und die Legitimation daher als falsch zu betrachten ist, werden hiermit alle Genossen vor diesem Individuum gewarnt.“

Wahlrechtskundgebungen. Eine Wahlrechtskundgebung fand am Abend des 13. März in Wolfenbüttel (Braunschweig) statt. Einige hundert Personen zogen, die Marseillaise singend und Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbringend, vor die Wohnungen des Stadt- und des Kreisdirektors. Die Polizei war von der Demonstration vollkommen überrascht. — Die Remscheider Genossen veranstalteten am Sonntag eine Märzfeier, an die sich eine eindrucksvolle Straßendemonstration mit 4000 Teilnehmern anschloß. Die Kundgebung verlief ohne jede polizeiliche Störung.

Wertzuwachssteuer. Die Besteuerung des Wertzuwachses durch die Kommunen findet immer größeren Anklang. Nunmehr hat auch das Stadtverordnetenkollegium in Halle a. d. S. die Einführung der Wertzuwachssteuer beschlossen und zwar mit der großen Majorität von 43 gegen 6 Stimmen. Die Steuer erhält für bebaute Grundstücke auf zehn Jahre, für unbebaute auf 20 Jahre rückwirkende Kraft. In die Steuerordnung wurde auch die Bestimmung aufgenommen, daß bei einem Ertrag von 300 000 Mk. die Umsatzsteuer um 1/ Proz., bei 500 000 Mk. Ertrag um 1 Prozent herabgesetzt wird. In den meisten Steuerordnungen werden für den bebauten Grundbesitz gewisse Erleichterungen und Abschwächungen der Steuer vorgesehen. Nach zweitägiger Debatte hat sich auch die Vertretung der Stadt Wien für Einführung der Steuer erklärt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 18. März 1908.

125. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dernburg.

Die kolonialpolitische General-Debatte wird fortgesetzt.

Staatssekretär Dernburg erklärt, daß er weder Kleinsiedler abschrecken, noch sich generell gegen den Plantagenbau ausgesprochen habe, und daß die Arbeiterfrage in den Kolonien sich nicht schematisch lösen lasse.

Ledebour (SD.): Wir stehen nach wie vor der Kolonialpolitik prinzipiell ablehnend gegenüber, wie sich das aus unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen jede Ausbeutung erklärt. Wir bekämpfen die Kolonialpolitik als integrierenden Teil der kapitalistisch-imperialistischen Weltpolitik, die mit der inneren reaktionären Politik und Wirtschaftspolitik in Deutschland eng zusammenhängt. Aber wie wir unbeschadet unserer gegnerischen Stellung gegenüber dem Militarismus für die Verbesserung des Loses der Soldaten eintreten, so hindert uns unsere prinzipielle Ablehnung der Kolonialpolitik nicht, für alle Vorschläge zugunsten der Eingeborenen einzutreten. Wir freuen uns, daß die Kolonialverwaltung und speziell Herr Dernburg sich in bezug auf die Eingeborenenfrage einigermaßen unserem Standpunkt genähert hat. Hierfür ist ja Herr Dernburg von den Kolonialagrariern auf das schärfste angegriffen worden. Wir unsererseits verwerfen jeden Zwang gegen die Eingeborenen. Leider scheint auch das Zentrum einen solchen Zwang zu billigen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien drehen sich um das Maß der von den Negern zu leistenden Arbeit. Hier geht allerdings der Staatssekretär längst nicht so weit, als die Kolonialagrarier, die gegenüber den Negern dieselben Methoden anwenden, wie die ostelbischen Agrarier gegen die Landarbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär scheint ja doch noch an eine Möglichkeit der Interessenharmonie zwischen Pflanzern und Negern zu glauben, obwohl in Afrika noch der Rassengegensatz den Klassengegensatz verschärft. Schöne Redensarten werden den Gegensatz um so weniger überbrücken, als der Staatssekretär ausdrücklich die Rassenjustiz und die Prügelstrafe proklamiert hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Vor 20 Jahren war Stanley hier und sprach von der Sommertraums-Milde, mit der die Kongoneger behandelt werden sollen. Wir kennen die milde Sommernacht, die Leopold über die Kongoneger heraufgeführt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber was brauchen wir in den Kongostaat zu gehen? Wir kennen ja die Ausrottungspolitik des Generals v. Trotha in Südwestafrika. Schlimmeres ist im Kongostaat auch nicht geschehen. In Ostafrika hat die Hüttensteuer zum Aufstande geführt. Der Aufstand wurde bezwungen. Bezeichnenderweise war aber nach dem Aufstande die Sterblichkeit der Eingeborenen größer als während der Aufstandsjahre. (Hört, Hört! b. d. Soz.) Amtliche Denkschriften beweisen, mit welcher unerhörten Grausamkeit man in Ostafrika vorgegangen ist. Bewußt hat die deutsche Heeresverwaltung eine Hungersnot in jenen Distrikten herbeigeführt. (Zust. b. d. Soz., Widerspr. rechts.) Das geht klar aus der Denkschrift hervor. (Lachen rechts.) Den Beschützern des Dr. Peters und seiner Hintermänner steht das Lachen schön. (Sehr gut! b. d. Soz.) Nach Herrn v. Liebert ist der Aufstand am Kilimandscharo durch eine Rede herbeigeführt worden, die Bebel vier Jahre später hier im Reichstage gehalten hat. Herr v. Liebert glaubt also nicht bloß an Zauberei, sondern an Zauberei mit rückwirkender Kraft. (Gr. Heiterk. b. d. Soz.) Anderswo nennt man das faulen Zauber. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich zweifle nicht an der wohlwollenden Absicht des Staatssekretärs in der Eingeborenenfrage. Es wird sich aber bald seine Ohnmacht gegenüber dem gewaltigen kolonialen Interessenklüngel herausstellen. Gegen Herrn v. Liebert sind bedenkliche Angriffe erhoben worden, über die er sich hoffentlich nachher erklären wird. Es wird behauptet, daß während seiner Gouverneurschaft weite Landstriche für ein lächerliches Butterbrot einer Landgesellschaft versprochen wurden, und daß Herr v. Liebert sich nachher an dieser Gesellschaft beteiligte. Unter Lieberts Nachfolger seien dann die Versprechungen eingelöst worden. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.) Aus dem mir hier vorliegenden Schreiben geht hervor, daß Herr v. Liebert sich bei, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, den Pappenheimern von der Wilhelmstraße (Hrkt.) für die Njassagesellschaft verwendet. Das Schreiben beweist aufs neue, wie fast unmöglich es ist, daß die Beamten in Afrika außerhalb des Interessenkonnexes mit den dortigen Landwirten und Gesellschaften bleiben. Fortwährend werden die Eingeborenen der Bedrückung ausgesetzt werden, die teils von den Pflanzern ausgeht, die von der Arbeit der Eingeborenen leben wollen, teils von den Beamten, die in Interessengemeinschaft mit den Pflanzern leben. Der Staatssekretär hat seine ursprünglich ziemlich scharfen Ausführungen gegen die Plantagenbesitzer wesentlich abgeschwächt: er hat seine Fanfare in eine Schamade verwandelt (Sehr richtig! b. d. Soz.), um die Pflanzer zu beruhigen. Es bleibt unbestreitbar, daß der Staatssekretär eine Schwenkung gemacht hat. Er vermeidet allerdings das Wort Zwang und spricht davon, daß man die Neger zur Arbeit veranlassen müsse. Die Worte sind gleichgültig, auf die Sache kommt es an. Nochmals, am persönlichen Wohlwollen des Staatssekretärs selbst ist nicht zu zweifeln, aber er ist ohnmächtig sogar gegenüber seiner nächsten Umgebung. Hat doch ein bürgerliches Mitglied der Budgetkommission einen Brief zur Verlesung gebracht, wonach nie und nirgends so viel geprügelt sein soll, als auf der Expedition des Staatssekretärs von Monsa nach Tabora. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Die Engländer bringen den Geist der Selbstverwaltung nach ihren Kolonien. Wir Deutsche haben tüchtige Landwirte, vorzügliche Kaufleute und ausgezeichnete Gelehrte. Was uns fehlt, das ist die Tradition eines sich selbst verwaltenden Volkes. In Deutschland ist das Gefühl des Bürgerstolzes vernichtet; das Ideal des Durchschnittsbürgers ist es, ein schneidiger Talmijunker zu sein und mit dem Schießprügel seine politischen Angelegenheiten zu erledigen. (Zust. b. d. Soz.) — Unruhe in der Gegend des Abg. Hahn.) Und dieser Reserveoffiziersgeist wird nach den Kolonien verpflanzt und erzeugt dort die brutalsten Exzesse. (Unruhe rechts — Lebh. Zust. b. d. Soz.) Will man Selbstverwaltung in den Kolonien, so fange man zu Hause an und vollende das Werk, das heute vor 60 Jahren in Berlin begonnen hat. (Lebh. Beif. b. d. Soz. — Unruhe rechts und b. d. Natl.) Die Nationalliberalen sind entartete Enkel der 48er und beweisen erst jetzt wieder beim Vereinsgesetz ihre politische Degeneration. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) — Herr Arning philosophierte über die Baumwollproduktion in unseren Kolonien. Wir stimmen darin mit Herrn Dernburg überein, daß in unseren Kolonien alle Vorbedingungen zu einer Baumwollproduktion großen Stiles fehlen. (Der Staatssekretär nickt zustimmend.) — Noch ein paar Worte zu den Resolutionen. Die Resolutionen des Zentrums und der Freisinnigen zugunsten der Eingeborenen unterstützen wir gern. Im Gegensatz zu dem nationalliberalen Redner betonen wir fortgesetzt die Notwendigkeit der Kodifizierung der Eingeborenenrechte. Wie nötig eine solche ist, zeigen die Landverkäufe in Südwestafrika, zu denen die Häuptlinge genau so befugt waren, wie etwa Herr Kirschner befugt sein würde, auf eigene Faust kommunalen Besitz zu veräußern. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß Samiel Mahahero, der nachmalige Aufstandsführer, seine herrschende Stellung gerade der deutschen Verwaltung verdankte. — Ein paar Worte zur Eisenbahn- und Anleihefrage. Von allen afrikanischen Eisenbahnen dürfte nur die Togobahn die Kosten decken. Man will Kolonialanleihen aufnehmen. In Wirklichkeit bleibt es aber dabei, daß das Reich für alle Verbindlichkeiten der Kolonien haftet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kolonien sind doch keine selbständigen Staaten und in keiner Beziehung mit den englischen Selbstverwaltungskolonien wie Australien, Kanada usw. zu vergleichen. — Der Staatssekretär hat sich gegen die Zahlenkunststücke des Abgeordneten Arning gewandt. Das zeugt von Besserung. Es ist noch nicht lange her, da brillierte er selbst mit solchen Zahlenkunststücken und stellte Bilanzen auf, mit denen sich die hiesige Handelshochschule in der Weise beschäftigen möchte, wie die tierärztlichen Hochschulen mit dem bekannten fehlerhaften Pferd. (Große Heiterkeit.) Aber auch in der neuen Eisenbahndenkschrift fehlt es durchaus nicht an Phantasiezahlen. Er kann es uns also nicht verdenken, wenn wir seinen Projekten mit großer Vorsicht begegnen. — Wir halten an unseren alten Grundsätzen fest und verwerfen das herrschende Kolonialsystem grundsätzlich. So lange es aber besteht, greifen wir nach Möglichkeit reformierend ein im Interesse der Eingeborenen und im wahren Interesse Deutschlands selbst. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

v. Liebert (Rp.): Abgeordneter Ledebour hat nur olle Kamellen gegen mich vorgebracht. — Die langen Jahre des südwestafrikanischen Krieges haben in erfreulicher Weise das koloniale Interesse verbreitert und vertieft. — In der Negerfrage kommen der Staatssekretär und ich uns immer näher. Ich bitte aber den wohlwollenden Worten für die Pflanzer bald Taten folgen zu lassen, weil sie sonst in Massen aus Ostafrika fortwandern. — Der Neger ist so faul, daß er den Reittieren das Futter unter den Schwanz legt, statt ins Maul. (Hrkt.) Der Weg zur Liebe geht bei den Negern durch den Magen. (Hrkt.) Die Neger sind nicht für den 8-Stundentag, sondern für den 0-Stundentag. (Hrkt.) Die paradiesischen Hochebenen Ostafrikas werden ausgezeichnete weiße Siedelungsgebiete sein, wenn man nur erst die Schwarzen zur Arbeit erzogen hat. (Beif. rechts.)

Dr. Wiemer (FVpt.) bestreitet, daß die Freisinnigen jemals prinzipielle Gegner der Kolonialpolitik gewesen seien, wirft Ledebour marxistischen Doktrinarismus vor und spricht der Politik Dernburgs entschiedene Anerkennung aus. Es geht auf die Dauer nicht an, nur mit Zwang und Peitsche zu kolonisieren. (Sehr richtig! links.) England und Holland haben es längst erkannt. Die Farmer mögen das neu proklamierte System unbequem empfinden, weil es sie am schnellen Zusammenraffen von Reichtümern hindert. (Sehr wahr! links.) Das ändert aber nichts daran, daß das neue System einen Fortschritt bedeutet. (Sehr wahr! links.) Wir erkennen die Tätigkeit der Missionare an; sie dürfen aber nicht zu einseitig begünstigt werden. Bei den Bahnen müssen wir sorgfältig die Rentabilität prüfen. Wir binden uns jetzt noch nicht. (Sehr richtig! bei den Frsin.)

Staatssekretär Dernburg: Die Regierung denkt nicht daran, die Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika an eine Konzession zu binden. Der Unterschied zwischen der Verwaltung auf der einen und Herrn v. Liebert und den Farmern auf der andern Seite ist der: Die Verwaltung will die Schwarzen zur Arbeit in ihrem eigenen Interesse erziehen, Herr Liebert und die Farmer aber wollen sie dazu erziehen im Pflanzerinteresse. Sie verlangen geradezu von der Regierung Lieferung von 36 000 Arbeitern. Das muß die Regierung ablehnen. (Sehr richtig! links.) Zu einer Auswanderung nach Ostafrika kann die Regierung nicht ermutigen. Wer den Negern menschlichen Verstand abspricht, der wird sie auch behandeln wie ein Stück Vieh. (Sehr wahr! links.)

---

augenblicklich auf sie zugelaufen und sprang schmeichelnd an ihr empor; plötzlich aber war er wieder im Dickicht verschwunden. Gleich darauf tauchten, nur wenige Schritte von Orso entfernt, hinter dem Gestrüpp zwei schlecht gekleidete, aber wohl bewaffnete Männer auf. Sie waren so plötzlich erschienen, als ob sie durch die Myrten und das andere den Boden überwuchernde Gesträuch wie die Schlangen auf dem Bauche herangekrochen wären.

„Da seht einmal! Ors Anton, seid uns willkommen,“ sagte der älteste dieser beiden Männer. „Wie! Ihr wißt nicht mehr, wer ich bin?“

„Nein,“ sagte Orso, ihn mit festen Blicken prüfend.

„Es ist drollig, daß ein Bart und eine spitze Mütze das Aussehen eines Mannes so verändern können! Kommt, Leutnant, seht mich einmal recht an. Habt Ihr denn die alten Bekannten von Waterloo vergessen? Erinnert Ihr Euch nicht mehr an Brando Savelli, der an jenem Unglückstage an Eurer Seite so manche Patrone verbraucht hat?“

„Wie! Du bist es,“ sagte Orso; „und im Jahre 1816 da desertiertest du!“

„Wie Ihr sagt, Herr Leutnant. Zum Teufel! der Dienst ist eine Plage, und dann gab's für mich hier auf der Insel einen Handel auszugleichen .... Ha! ha! Chili, du bist ein braves Kind. Schnell, bediene uns, wir haben einen tüchtigen Hunger. Ihr macht Euch gar keinen Begriff davon, wie die Waldluft einem den Appetit schärft. Wer schickt uns denn das, Fräulein Colomba oder der Maire?“

„Nein, Onkel; die Müllerin hat mir's für Euch gegeben und eine Decke für die Mama dazu.“

„Was will sie denn von mir?“

„Sie sagt, daß die Luccheseen, welche sie für die Feldarbeit gedungen hat, jetzt fünfunddreißig Sous und außerdem noch die Kastanien von ihr verlangen, weil jetzt so mancher hier in der Gegend vom Fieber weggerafft werde.“

„Die Faulenzer! ... Ich werde mirs überlegen ... Nichts für ungut, Herr Leutnannt, aber wollt Ihr nicht mit uns Vorlieb nehmen? Wir haben schon schlechtere Mahlzeiten mit einander geteilt, damals, als man unseren armen Landsmann noch nicht abgedankt hatte ...“

„Danke, danke! ... Ich, ich bin auch einer von den Abgedankten.“

„Ja, ich habs gehört; aber ich wette, Ihr fragt nicht allzu viel darnach. Ihr habt ja auch hier so ein besonderes Geschäft ... Kommt, Pfarrer, laßt uns jetzt essen,“ wandte der Bandit sich an seinen Kameraden. „Signor Orso, ich stelle Euch hier den Herrn Pfarrer vor; das heißt, ich kann nicht grade verbürgen, da er wirklich ein Pfarrer ist, aber so viel weiß ich, daß ihm an der erforderlichen Gelehrsamkeit dazu nicht viel fehlt.“

„Ein armer Student der Theologie, Herr,“ sagte der andere Bandit, „der verhindert wurde, seinem Beruf zu folgen. Wer weiß? Vielleicht wäre ich noch eines Tages Papst geworden, Brandolaccio.“

„Was war denn die Ursache, daß die Kirche Eurer erleuchteten Wirksamkeit beraubt wurde?“ fragte Orso.

„Ein Nichts, eine wahre Lumperei, die ins reine gebracht werden mußte, wie mein Freund Brandolaccio es nennen würde. Ich hatte eine Schwester, und während ich mich auf der Universität zu Pisa in alte Folianten vergrub, hatte sie zu Hause Torheiten getrieben. Ich war also genötigt, in die Heimat zurückzukehren, um sie zu verheiraten. Aber der Zukünftige hatte es einmal wieder gar zu eilig gehabt: drei Tage vor meiner Ankunft war er gestorben. Ich wollte mich nun, wie Ihr's an meiner Stelle gewiß auch gemacht hättet, an den Bruder des Verstorbenen halten. Da erfuhr ich, daß er verheiratet sei. Was sollte man nun weiter tun?“

„In der Tat, das war sehr ungelegen. Was tatet Ihr also?“

„Das war einer von den kritischen Fällen, wo allein die Flinte Rat schaffen kann.“

„Das heißt also ...?“

„Ich jagte ihm eine Kugel durch den Kopf,“ sagte der Bandit mit der größten Seelenruhe.

Orso überlief es eiskalt. Indessen die Neugierde, vielleicht aber auch der Wunsch, die ihm nicht eben behagliche Rückkehr in sein eignes Haus noch zu verzögern, bestimmten ihn zu längerem Verweilen, und die Unterhaltung mit diesen beiden Männern, die jeder mindestens einen Mord auf dem Gewissen hatten, fortzusetzen.

Während sein Kamerad sprach, nahm Brandolaccio von dem Brot und dem Fleisch und legte es vor ihn hin; darnach erst versorgte er sich selbst und verabreichte auch dem Hunde seinen Anteil, den er Orso unter dem Namen Brusco vorstellte, und den er nicht genug rühmen konnte wegen seines vortrefflichen Instinktes, womit er Polizisten und Gendarmen in jeder beliebigen Vermummung herauszuwittern verstehe. Zuletzt endlich schnitt der Bandit ein Stück Brot ab, das er mit einer Schnitte rohen Schinken darauf, seiner kleinen Nichte gab.

„Nichts Herrlicheres in der Welt als das Banditen-Leben!“ rief der Exstudent der Theologie, nachdem er ein paar Bissen verzehrt hatte. „Vielleicht kommt der Tag, da auch Ihr einen Versuch damit macht, Signor della Robbia, und dann werdet Ihr's erfahren, wie süß es ist, keinen anderen Herrn über sich zu haben, als seine eigne Laune.“ Bis hierher hatte der Bandit Italienisch gesprochen; jetzt fuhr er aber französisch fort: „Korsika ist kein besonders kurzweiliges Land für einen jungen Mann; aber für einen Banditen, wie anders ist's da! Die Frauen sind ganz vernarrt in uns! So, wie Ihr mich da seht, habe ich meine drei Geliebten in drei verschiedenen Distrikten. Ich bin da überall wie bei mir zu Hause. Und eine von den dreien ist gar die Frau eines Gendarmen.“

„Ihr seid wohl sehr bewandert in Sprachen, mein Herr?“ fragte Orso sehr ernst.

„Maxima debetur pueris reverentia,“ (der Jugend gebührt die größte Rücksicht) lautete die Antwort des gelehrten Banditen. „Seht, das ist der Grund, weshalb ich jetzt Französisch spreche. Brandolaccio und ich sind darüber einverstanden, daß die Kleine in Ehrbarkeit aufwachsen und auf dem rechten Wege bleiben soll.“

„Wenn sie ins sechszehnte Jahr tritt,“ sagte der Onkel, „werde ich dafür sorgen, daß sie anständig verheiratet wird. Ich weiß auch schon den richtigen Mann für sie.“

„Willst du selbst darauf ausziehen, den Antrag zu machen?“ fragte Orso.

„Jedenfalls. Meint Ihr, wenn ich zu einem der Begüterten im Lande käme und spräche zu ihm: „Ich, Brando Savelli, würde mich darüber freuen, wenn dein Sohn Michellina Savelli heiratete, meint Ihr, daß man sich da noch lange besinnen würde?“

„Das würde ich ihm auch nicht raten“, sagte der andere Bandit. „Der Kamerad hat eine wuchtige Hand, mit der nicht zu spaßen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Gegen diese Behandlung der Schwarzen habe ich mich gewandt. (Lebh. Beifall links u. im Zentr.) Mit Herrn Ledebour werde ich mich nicht verständigen können. In Stuttgart und Essen war aber die deutsche Sozialdemokratie anderer Ansicht als er. Wenn ich von Rassenjustiz gesprochen habe, so meine ich das so, daß die Neger nach ihren und nicht nach der Weißen Rechtsbegriffen behandelt werden sollen. Auch Herr Ledebour wird doch wohl schwerlich die Neger vor ein Ehrengericht stellen wollen. (Gr. Heiterkeit.) Herr v. Liebert hat sich sehr eifrig für die Pflanzer ins Zeug gelegt. Er selbst aber hat erklärt, als Gouverneur mit den paar Pflanzen mehr Arbeit gehabt zu haben, als mit den 10 Millionen Eingeborenen (Hört! hört! links und im Zentrum.) Ich muß dagegen protestieren, daß die Zustände, wie sie jetzt in Ostafrika herrschen, dem neuen System in die Schuhe geschoben werden sollen, das doch gerade diesen Zuständen ein Ende machen soll. (Lebh. Beif. links.)

Lattmann (WVg.) hält die Freisinnigen den Sozialdemokraten als kolonialpolitisches Muster vor, wünscht ein gemischtes System — Plantagenbetrieb neben selbständigen Negerbetrieben —, wünscht eine Rassenjustiz, aber eine humane, eine weiße Besiedelung Ostafrikas und eine zielbewußte Eisenbahnpolitik. (Bravo! rechts.)

Schrader (FVg.) freut sich über Dernburg, über die Einigkeit der Parteien in der Kolonialfrage und über die praktische Arbeit, die das Volk der Dichter und Denker gelernt habe. (Beifall b. d. Freis.)

Werner (A.) tritt für schonende Erziehung der Neger zur Arbeit ein.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Feuerwehrmann als dreifacher Brandstifter. Ein dreifacher Brandstifter hatte sich jetzt in der Person des freiwilligen Feuerwehrmannes und Strumpfwirkers Jung aus Oberlungwitz vor dem Schwurgericht Zwickau zu verantworten. Jung war geständig, drei Brände angelegt zu haben. In der ersten Morgenstunde des 21. April brach in dem dem Gutsbesitzer Friedrich in Oberlungwitz gehörigen Gehöft Feuer aus, wodurch dieses vollständig vernichtet wurde. Der Gebäudeschaden betrug über 11 600 Mk., außerdem erlitt Friedrich noch größeren Mobiliarschaden. Jung hatte aus der Scheune heraushängendes Stroh angezündet. Am 15. Dezember abends wurde das Anwesen des Gutsbesitzers Wendler in Oberlungwitz in Asche gelegt. Außer einem erheblichen Mobiliarschaden entstanden ein Gebäudeschaden von 9350 Mk. Auch diese Brandstiftung verübte Jung, indem er Stroh, das aus dem Schweinestalle heraushing, vorsätzlich anzündete. Die dritte Brandstiftung verübte er in der Nacht zum 12. November bei dem Gutsbesitzer Coder in Oberlungwitz. Auch hier zündete er Stroh, welches aus einem Fenster des Stallgebäudes herausragte, an und erreichte dadurch, daß sowohl dieses Gebäude, als auch das nicht weit davon stehende Wirtschaftsgebäude bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte, wodurch gleichzeitig Getreidevorräte, Mobiliar, landwirtschaftliche Gerätschaften usw. im Werte von etwa 2100 Mark vernichtet wurden. In der Schwurgerichtsverhandlung legte der Angeklagte ein reumütiges Geständnis ab und fügte noch hinzu, er sei gewöhnlich, wenn er die Brände angelegt habe, etwas betrunken gewesen und sei jedesmal kurz vorher aus der Versammlung der Feuerwehr, der er angehört habe, gekommen. Dort sei immer von dem oder jenem Mitgliede im Scherze gesagt worden, wenn nur gleich ein kleines Feuer aufginge. Da habe er sich gesagt, den Gefallen kannst du den Leuten schon tun. Jung ist jedesmal nach Inbrandsetzung eines Gebäudes sofort nach Hause gegangen, hat seine Feuerwehruniform angezogen und sich am Brandplatze an der Löschung beteiligt. Er wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, auch Polizeiaufsicht wurde für zulässig erklärt.

Der Bürgermeister als Jagdfrevler. Das liebliche Kehl, der badische Ort gegenüber von Straßburg, hat einen großen Rheinhafen, in dessen Vorgelände sich wilde Kaninchen eingenistet hatten. Dem Oberhaupte der Stadt wurde auf sein Ersuchen im letzten Herbst erlaubt, diese unbequemen Eindringlinge abzuschießen, aber nur diese, da Hasen, wie er angab, sich dort überhaupt nicht aufhielten. In den ersten Tagen seiner gemeinnützigen Tätigkeit schoß der Bürgermeister aber dort nicht weniger als acht Hasen, die er um 26 Mk. an einen Gasthofbesitzer seiner Gemeinde verkaufte. Deshalb wegen Jagdfrevels angeklagt, lehnten die Richter von Kehl sich wegen Befangenheit ab. Und so kam die Sache vor das Schöffengericht im benachbarten Achern, welches den Bürgermeister zu 150 Mark Geldstrafe und zur Einziehung der Jagdflinte verurteilte. In der Begründung des Urteils wurde dem Stadtvater gehörig der Text gelesen.

Ein Preßprozeß, der aus prinzipiellen Gründen Beachtung verdient wurde am 16. März in Berlin verhandelt. Wegen Beleidigung des Fräulein Olga Molitor, der Schwägerin des wegen Mordes verurteilten Rechtsanwalts Hau, stand der verantwortliche Redakteur der „Berliner Morgenpost", Martin Schmidt, vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I. Die Nebenklägerin, Fräulein Molitor, war durch Erkrankung am Erscheinen verhindert. Sie wurde vom Rechtsanwalt Dr. v. Pannewitz-München vertreten. Den Angeklagten verteidigte Rechtsanwalt Leonhard Friedmann. Aus Anlaß des Hau-Prozesses hatte die „Morgenpost" die den Prozeß sensationell darstellte, das Fräulein Molitor außerordentlich schwerer Verfehlungen bezichtigt. Dieser Artikel bildete den Gegenstand der Anklage. Der Angeklagte wendete ein, daß die Artikel ohne sein Zutun und ohne seine Kenntnis aufgenommen waren, da er wegen heftiger Erkrankung die Redaktion nicht besucht hätte. Seine Behauptungen wurden durch einen Arzt und durch einen Redaktionskollegen bestätigt. Der Staatsanwalt Dr. Rasch beantragte, den Angeklagten wegen Fahrlässigkeit zu neun Monaten Gefängnis zu verurteilen; er hätte für eine Stellvertretung durch eine zuverlässige Persönlichkeit sorgen müssen, den Verfasser habe er erst nach Ablauf der sechsmonatigen Verjährungsfrist genannt. Rechtsanwalt Dr. v. Pannewitz hielt die Strafe für bedeutend zu niedrig und verlangte, auf anderthalb Jahre Gefängnis zu erkennen. Der Verteidiger Leonhard Friedmann legte dar, es sei hier die Präsumtion des § 20 des Preßgesetzes, daß der verantwortliche Redakteur der Täter sei, widerlegt, es käme also die strafausschließende Bestimmung des § 21 des Preßgesetzes in Anwendung. Eventuell dürfe man nicht von Gefühlsregungen sich leiten lassen, und nicht gegenüber einem unbestraften Angeklagten eine so hohe Strafe in Anwendung bringen. Das Gericht hielt den Nachweis, daß der Angeklagte von den Artikeln keine Kenntnis gehabt habe, nicht für erbracht. Bei der Ausmessung des Strafmaßes seien auf der einen Seite die Unerhörtheit und Haltlosigkeit der gegen eine junge Dame geschleuderten Beleidigungen zu berücksichtigen, die schmerzgebeugt lediglich ihrer Pflicht als Zeugin nachgekommen war, auf der anderen Seite habe man die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten in Betracht gezogen. Der Angeklagte ist deshalb, wie schon kurz berichtet, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt; außerdem wurde auf Publikationsbefugnis in mehreren Zeitungen erkannt. — Wir verurteilen gewiß jede Sensationshascherei und haben auch das Treiben der „nationalen" Presse im Falle Hau entschieden verurteilt. Nichtsdestoweniger halten wir die Verurteilung in dem obigen Falle für falsch, da der Angeklagte unseres Erachtens einwandsfrei nachgewiesen hat, daß er nicht der Täter ist und von dem Artikel und seiner Aufnahme in die Zeitung keine Kenntnis hatte. Wenn die Verjährungsfrist gegen den eigentlichen Täter zur Zeit seiner Namhaftmachung abgelaufen war, so trifft die Schuld hieran die Staatsanwaltschaft. Der Ablauf der Verjährungsfrist berechtigt aber nicht, den Nichttäter als Täter anzusehen.

Aus Nah und Fern.

Aus allerhöchsten Kreisen. Die „B. Z." erfährt von bestunterrichteter Seite: „Prinz Joachim Albrecht von Preußen habe vom Kaiser den Abschied aus der Armee erhalten, ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform. Auch habe man ihm seinen persönlichen Adjutanten, den Hauptmann von Brandenstein genommen, der dem Garde-Füsilier-Regiment zugeteilt wurde. Der Grund zu dieser überraschenden Maßregel sei in den fortgesetzten Beziehungen des Prinzen zu der Baronin Liebenberg-Sulzer zu suchen, die noch nicht geschieden ist. Der Prinz habe Berlin bereits in Zivil verlassen und werde als unabhängiger Gentleman im Auslande leben. Die Entscheidung des Kaisers gegen einen in Berliner Lebekreisen recht bekannten Prinzen weckt die Erinnerung wach an die Skandalaffäre, die vor zirka 1½ Jahren so großes Aufsehen erregte und mit der Verschickung des Prinzen Joachim Albrecht in die Kolonien endete. Freilich war es nur ein vorläufiger Abschluß. Die maßgebenden Kreise hatten wohl gehofft, daß der Prinz seine Beziehungen zu der Schauspielerin Maria Sulzer, die früher am Residenz- und Trianontheater engagiert war, lösen würde. Die Eingeweihten wußten aber, daß der Prinz schon monatelang in strengem Inkognito in Berlin war und seine Beziehungen zu der Schauspielerin weiter unterhielt. Die Veranlassung zu dem direkten Einschreiten des Kaisers war die Verehelichung von Fräulein Sulzer mit dem Wiener Baron Liebenberg. Die Eheschließung war auf Wunsch des Prinzen erfolgt, der sich damals mit Heiratsgedanken getragen hat und auf dem nicht mehr ganz neuen Wege der Scheinehe aus der Bürgerlichen eine Adlige machen wollte. Es ging auch anfangs alles ganz gut glatt, aber später bei der Scheidung machte der junge Ehemann Schwierigkeiten, weil die Baronin den ihrem Gatten gegenüber bei der Eheschließung eingegangenen finanziellen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. In maßgebenden Kreisen, in denen man das Verhältnis des Prinzen gleichsam stillschweigend geduldet hatte, fühlte man sich nunmehr zu Maßnahmen veranlaßt, weil der Prinz zu einer verheirateten Frau in Beziehungen stand und man damit rechnen mußte, daß irgend welche Denunziationen gegen den Prinzen einlaufen würden. Als dem Kaiser, der den Prinzen stets sehr bevorzugt hatte, die Vorgänge gemeldet wurden, verfügte er kurzerhand die Versetzung des Prinzen. Es soll damals zu einer sehr lebhaften Unterredung gekommen sein. Der Prinz trat dann seine Reise nach Afrika an. Wie man erzählt, soll ihn die Baronin Liebenberg ein gut Stück Weges begleitet haben. Der Prinz hatte gehofft, daß inzwischen die Scheidung der Baronin Liebenberg durchgeführt sei. Nach seiner Rückkehr nahm er seine alten Beziehungen zu der Baronin wieder auf, trotzdem die Ehe weiter bestand. Allerdings war der Prinz vorsichtiger. Man sah ihn nirgends. Er hat eine Zeitlang im letzten Sommer sein Palais tagsüber nicht verlassen. Auf seinem schlesischen Gute weilte der Prinz längere Zeit mit der Baronin." — Da jetzt auch wohl die bürgerliche Presse die volle Schale der Entrüstung über den liebesdürstenden Prinzen ausschütten wird???

Verhaftung eines Wüstlings. In Berlin ist, wie kurz berichtet, ein Wüstling, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, in der Person des „Schriftstellers" Dr. Riedel verhaftet worden. Es wird dazu gemeldet: Ein junges Mädchen, die 15 Jahre alte Elisabeth Klienert, hatte sich dieser Tage mit Mäuseweizen vergiftet. Die Schuld an ihrem Tode trägt der „Schriftsteller" Dr. Riedel aus der Leipzigerstraße 35, der damit den zweiten Selbstmord eines Mädchens verschuldet und schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Elisabeth Klienert, deren Eltern in Liegnitz wohnen, kam Anfang dieses Monats nach Berlin, um mit ihrer älteren Schwester einen Dienst zu suchen, den sie bei einem Schlachtermeister in der Stendalerstraße 4 auch fand. Auf dem Wege zu ihrer Schwester in der Skalitzerstraße wurde sie von Dr. Riedel, der täglich in der Friedrichstraße, in der Passage, Unter den Linden und in der Siegesallee spazieren ging, angesprochen. Riedel lockte das Mädchen nach seiner Junggesellenwohnung in der Leipzigerstraße, wo er das Kind, wie so viele andere vorher, durch Wein und Likör willenlos machte. Als Elisabeth Klienert später das Haus verließ, fiel sie durch ihr verstörtes Wesen einem Kriminalbeamten auf, der Dr. Riedel überwachte. Das arme Mädchen war nicht mehr zu beruhigen. Die Scham vor der Schwester und den Eltern veranlaßte sie, in vorletzter Nacht den giftigen Weizen zu nehmen. Als ein Geselle sie fand, lag sie schon in den letzten Zügen. Wenige Minuten später verstarb sie unter den Händen eines Arztes. Dr. Riedel wurde auf Grund der Ermittlungen von der Kriminalpolizei in seiner Wohnung verhaftet. Schon im vergangenen Jahre hat Dr. Riedel ein Mädchen in den Tod getrieben, die 17 Jahre alte Verkäuferin Anna B. aus der Ackerstraße. Er hatte ihr die Ehe versprochen, um sie an sich zu locken. Das Mädchen ertränkte sich, nachdem ihm der Wüstling Gewalt angetan hatte, an der Sandkrugbrücke im Spandauer Schiffahrts-Kanal. Die Leiche wurde längere Zeit nach der Beerdigung wieder ausgegraben. Riedel wurde damals verhaftet, aber vom Gericht wieder entlassen. Der Kriminalpolizei ist er schon lange Zeit verdächtig. Riedel, der von seinen Renten und nicht von der Schriftstellerei lebt, besitzt die Mittel, Kinder und deren Eltern zu beeinflussen und eine Schar von „Detektivs" mit der Verdunkelung aller Spuren zu beschäftigen. So kam es, daß Anzeigen und Strafanträge unterblieben oder wieder zurückgenommen wurden. Sein Geld schützte ihn bisher vor dem Zuchthause! Gegen Ende des vergangenen Jahres stand Dr. Riedel wegen Vergehens gegen die Schülerin Else Kaminski aus der Oppelnerstraße vor Gericht. Das Kind widerrief in der Verhandlung alles, was es früher behauptet hatte. Das Verfahren wurde deshalb ausgesetzt, wird aber jetzt wieder aufgenommen werden. Das Vergehen gegen den Wüstling richtet sich auf strafbare Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren, Verführung und Vergewaltigung.

Wie man Karpfen und Schweine „fett" macht. In der in Wohlau erscheinenden „Schlesischen Dorfzeitung" findet sich von Zeit zu Zeit nachstehendes Inserat:

Frische Kadaver
gefallener Tiere (Seuchen ausgeschlossen)
kauft
Teichverwaltung
der Herrschaft Gr.-Peterwitz
Station Gellendorf.

Zum Verständnis für die der Teichwirtschaft nicht kundigen Leser bemerkt die „Welt am Montag", der wir diese Zeilen entnehmen, daß die Verwendung von Tierkadavern für Teichzwecke nichts Auffälliges ist. Nicht, als wenn das Aas direkt in die Teiche zum Fraß für die Fische geworfen würde. Es wird vielmehr auf Gerüste über dem Wasser gelegt. Dann entwickeln sich allmählich schöne fette Maden, die ins Wasser plumpsen und von den Karpfen gierig aufgenommen werden. Das mag etwas unappetitlich klingen, hat aber nichts auf sich. Die Karpfen werden fett und schmecken tadellos. Einen eigentümlichen Kommentar zu dem Inserat der Teichverwaltung der dem Grafen Danckelmann gehörigen Herrschaft Gr. Peterwitz liefert ein Schreiben das der „W. a. M." ein Gutsbesitzer aus Wohlau zuschickt. Es lautet: „Vor einigen Tagen begab ich mich mit einem hiesigen Besitzer nach Gr.-Peterwitz, um eine Anzahl Läuferschweine für meine Mastanstalt zu erwerben, welche im „Breslauer Generalanzeiger" ausgeschrieben waren. Ich sah nun, daß auf dem Gute eine große Schweinezüchterei besteht, etwa 250 Stück Schweine waren vorhanden. Während des Handels um die Läuferschweine bezw. der Besichtigung der Stallungen, wo der Oberinspektor des Gutes zugegen war, fiel mir ein unangenehmer Geruch auf. Das Futter der Schweine kam mir ganz sonderbar vor; ich rührte mit meinem Stock darin herum und fragte dann den Oberinspektor, womit denn die Schweine gefüttert würden, worauf er erklärte: „Mit Fleisch." Auch rief er noch einem Arbeiter oder Vogt zu: „Na, haben wir nicht immer genügend Fleisch für die Tiere?", was der Mann dann gleichfalls versicherte. Ich war entrüstet hierüber und sagte, das sei doch kein Futter für Schweine, denn Aas können dieselben doch nicht fressen. Daß ich unter diesen Umständen mit Ekel das Gehöft verließ, ohne Kaufabschluß, brauche ich wohl nicht noch zu versichern; umsomehr, als verschiedene Kübel größere Quantitäten stinkiges Fleisch enthielten. Ich als Landwirt war empört über das Gesehene und erfuhr dann im dortigen Gasthofe, daß der Gestank der gefallenen Tiere, wenn dieselben angebracht und dann zu Schweinefutter verarbeitet würden, gerade während der heißen Jahreszeit ganz unerträglich sei. Niemand wage es nur, gegen die Gutsherrschaft einzuschreiten. Daß dies die Behörden noch nicht getan haben, ist mir ein Rätsel. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, wenn ein derartiges Fütterungssystem zur Kenntnis der Leute gebracht wird, und daß dieser Herrschaft auch zum Bewußtsein gebracht wird, daß ein derartiges ekelerregendes Verfahren im Interesse der Gesundheit unzulässig ist. Wie die in größerer Zahl auf dem Gute kreierten Schweine wieder Verwendung finden, ob sie den anderen Schweinen auch wieder vorgesetzt werden, darüber konnte ich leider nichts Näheres erfahren." Herr v. Gerlach, offenbar der Verfasser des Artikels, erkundigte sich wegen der Zuverlässigkeit der Angaben und erhielt sie bestätigt. Sein Gewährsmann fügte hinzu, der Oberinspektor des Grafen Danckelmann habe ihm versichert, das beste bei der Fütterung sei die Brühe, die den Schweinen gleichfalls verabfolgt werde. Übrigens koste das Pfund Fleisch kaum 3 Pfg. Was taugen nun Schweine, die mit Aas gefüttert wurden? Wegen der Beantwortung dieser Frage wandte sich der Verfasser an einen Fleischer und an einen Tierarzt. Beide erklärten, daß das Fleisch minderwertig sei. Der Artikelschreiber setzt: „Man nennt den Karpfen das Schwein unter den Fischen. Das berechtigt aber doch noch nicht zu dem Schluß, daß man nun auch die Schweine wie die Karpfen behandeln könne, zumal ja selbst den Karpfen das Aas nicht direkt verabreicht wird. Zwischen Teichwirtschaft und Schweinewirtschaft muß doch immer ein gewisser Unterschied gemacht werden." Der Besitzer der Herrschaft Gr.-Peterwitz, Graf Danckelmann, ist der berühmteste Flugschütze Schlesiens, ja vielleicht Deutschlands. Im Taubenschießen ist ihm kaum einer über. Mit Leidenschaft gibt er sich der Jagd und dem Schießsport hin. Das raubt ihm vielleicht die Zeit, sich um die Einzelheiten seines Landwirtschaftsbetriebes zu kümmern. Es wird sich zeigen, ob der Hochedle jetzt Zeit findet, auf die Veröffentlichung der „W. a. M." zu antworten. Oder ob er darauf pfeift und die Schweinemast weiter nach den obigen Angaben betreiben läßt, immer nach dem Worte Vespasians: Geld stinkt nicht!

Ein Kältestreik im Theater. Die „Frankf. Ztg." schreibt: Ein Schauspielerstreik, der sich in diesen Tagen im Stadttheater der Großstadt Bochum abspielte, erinnert lebhaft an echte kleinstädtische Schmierenverhältnisse. Oskar Wildes „Salome" sollte aufgeführt werden, und die Zuschauer harrten der Dinge, die da kommen sollten. Vorläufig kam allerdings nichts: der Vorhang blieb, trotzdem die Stunde des Beginns der Vorstellung schon lange geschlagen hatte, immer noch unten. Das Publikum konnte sich aber die Wartezeit hindurch angenehm vertreiben mit — Zähneklappern, denn es herrschte eine barbarische Kälte im Zuschauerraum. Nach einer Weile stanzen zwei Herren auf, verschwanden und kamen wieder mit Überzieher und Hut herein. Sie fanden Nachahmer und bald saß das gesamte Publikum in Mantel und Hut da. Der Vorhang aber hob sich noch nicht, und was sich hinter ihm abspielte, blieb den Zuschauern verborgen, bis plötzlich ganz ohne Klingelzeichen seitwärts zwischen Kulissen und Vorhang eine Gestalt sich durchschob, um des Rätsels Lösung zu geben. Einer der Mimen erschien vor dem Vorhang, machte eine artige Verbeugung und danach die höchst interessante Mitteilung, daß ein Streik unter den Schauspielerinnen ausgebrochen sei, die sich wegen der in der Garderobe herrschenden Kälte zu spielen weigerten. Die Vorstellung müsse darum ausfallen. So geschehen im Jahre 1908 in Bochum.

Eine Erpresseraffäre hat sich in Hagen i. W. abgespielt. Der Inhaber eines größeren Bankhauses erhielt vor einiger Zeit einen Brief mit folgendem Wortlaut:

„Geehrter Herr! Not bricht Eisen, wie man sagt. So geht es auch mir. Ich bin wegen Ausfechtung eines Duells mit einem Offizier flüchtig und wollte mich nach Holland zu meinem dort wohnenden Onkel begeben. Doch ist meine Flucht so unvorbereitet, daß ich jetzt in größter Verlegenheit bin. Ich sollte mich wegen des Duells verantworten, um schließlich in Festungshaft abgeführt zu werden. Dem entziehe ich mich durch die Flucht. Ich befinde mich aber in Geldverlegenheit und möchte Sie ersuchen, mir bei meinem Ehrenwort 900 bis 1000 Mark zu übermitteln. Sie werden die mir zugesandte Summe von Holland aus per Post zurückerhalten und mich obendrein noch zu ewiger Dankbarkeit verpflichten. Also bitte, helfen Sie einem Unglücklichen, der weiter nichts getan hat, als seine verletzte Ehre zu bewahren. Sollten Sie mir aber die angegebene Summe verweigern,

so können Sie versichert sein, daß ich mich furchtbar rächen werde, denn Ihr Tod wäre Ihnen gewiß. Sollten Sie aber gar die Polizei von diesem Briefe in Kenntnis setzen, so sind nicht nur Sie, sondern auch die Ihrigen binnen dreimal 24 Stunden eine Leiche. Seien Sie gewiß, daß meine Kugel ihr Ziel nie verfehlt. Also bitte, besorgen Sie die Sache. Verzeihen Sie den harten Ton, aber zur Verzweiflung getrieben, bin ich jetzt jeden Verbrechens fähig.

Legen Sie das Geld — kleine Banknoten und etwas Gold — auf den Briefkasten kurz vor dem Bezirkskommando in der Schützenstraße. Ich werde in der Nähe sein, und wenn Sie gegangen sind, mir das Geld von dort fortholen. Ich werde Ihnen das Geld von Holland aus mit Dank zurückerstatten.

Schreiben kann ich nicht nach Holland, um die Polizei nicht auf meine Spur zu lenken. Ich bin auch nicht in der Lage, mich länger als drei Tage zu halten, da meine Flucht unvorbereitet unternommen ist, und ich nicht das Geld zu mir nehmen konnte. Also am Abend Punkt sieben Uhr auf dem Briefkasten. Ich bitte Sie, helfen Sie mir Unglücklichem. In der Erwartung, daß Sie ein Ehrenmann sind und mich nicht der Polizei verraten und mich dadurch kompromittieren, denn das würde Ihr und der Ihrigen sofortiger Tod sein, unterzeichne ich

Kurt v. Brandow
bisher Rittmeister im 1. Garde-Ulanenregiment zu Berlin."

Es gibt einen Offizier dieses Namens nicht. Ganz zufällig ist die Polizei dem Täter auf die Spur gekommen. Wegen Diebstahls wurde ein schon wiederholt vorbestrafter Drechslergeselle Biermann aus Cotta in Sachsen verhaftet, der nach längerem Leugnen eingestand, den Erpresserbrief geschrieben zu haben. Die Schriftstücke, die bei ihm vorgefunden wurden, darunter ein gefälschtes Zeugnis mit der Unterschrift „Leutnant Leutwein in Dar es Salam", zeigten dieselben Schriftzüge wie der Erpresserbrief.

Bürgerliche Moral. Der früher in Gündelwangen angestellte Pfarrer Gaisert, welcher durch den gegen ihn angestrengten und durchgeführten Strafprozeß wegen Anstiftung zum Meineide in weiteren Kreisen bekannt wurde, ist als Kaplaneiverweser nach Gammertingen (Hohenzollern) versetzt worden. Bekanntlich ist Gaisert vom Gericht der Anstiftung zum Meineid schuldig erklärt und zu Zuchthausstrafe verurteilt worden. Das hindert aber, wie es scheint, nicht, daß er auch fernerhin als Priester tätig ist. Es wird auch nicht hindern, daß er in seinem neuen Wirkungskreise für das Zentrum arbeitet und die Sozialdemokratie bekämpft. Vielleicht engagiert das badische Zentrum diesen seinen Märtyrer bei den nächsten Landtagswahlen zu einer Agitationstournee, auf der er am zweckmäßigsten über die „innere Unwahrhaftigkeit" der Sozialdemokraten und Liberalen reden würde.

Heiteres vom sächsischen Militärvereinsbund. Wir lesen in der bürgerlichen Presse: „Der etwa 180 000 Mitglieder zählende sächsische Militärvereinsbund wird in Zukunft seine Arbeitermitglieder auch bei Streiks und Aussperrungen unterstützen. Voraussetzung dabei ist, daß das Mitglied arbeitswillig ist und keiner sozialdemokratischen Organisation angehört."— Das ist zu komisch. Also wer einer sozialdemokratischen Organisation angehört, wird nicht unterstützt. Nun verstehen die Militärvereinsbrüder unter sozialdemokratischen Organisationen die freien Gewerkschaften. Und da nur deren Mitglieder ausgesperrt werden oder streiken, brauchen die Militärvereinler keinen Pfennig Unterstützung zu zahlen.

Wie der „Wunderdoktor" Ausmeier seine „Diagnosen" stellt, das zeigt nachstehender Fall. Ein Herr trifft auf der Straße in Göttingen eine ihm bekannte Bauersfrau, die ihr acht Jahre altes schwächliches Mädchen an der Hand führt. Sind Sie denn, fragt er teilnehmend, mit dem Kinde noch nicht zu einem Arzt gegangen? — Ja doch, ich bin bei Dr. X. gewesen. — Was hat denn der gesagt? — Er hat gesagt, ich soll das Kind pflegen, ihm Eier, Milch, Schinken und Mettwurst geben. Ich bin dann bei Dr. J. gewesen, der hat dasselbe gesagt, und der Dr. Z. auch. Da dachte ich, nun gehst du mal zum Ausmeier nach Kirchgandern. Der fragte mich gleich: Haben Sie schon einen Arzt gebraucht? — Ja, sage ich, schon ganze drei. — Und was sagten die? — Die sagten, ich soll das Mädchen ordentlich pflegen, ihm ordentlich Milch, Eier, Schinken und Mettwurst geben. Da sah er sich den Urin an (das Kind hatte ich zu Hause gelassen) und sagte: „Das Kind ist schwächlich." Nun denken Sie sich mal an, er hatte das Kind gar nicht gesehen und wußte doch, was ihm fehlte! Ist das nicht wunderbar? Nun kriegte ich ein Rezept, das habe ich machen lassen, es kostet fünf Mark und ich denke, nun soll es wohl wieder gut werden. — Die Dummen werden eben nie alle.

Zur Fürsorgeerziehung. Ein sechzehnjähriger elternloser Knabe war von seinem Vormund bei einem Schlachtermeister in Kassel in die Lehre gegeben, wo ihm, wie er angibt, keine allzu liebenswürdige Behandlung zuteil wurde. Infolgedessen lief er davon und gelangte nach Diemarden bei Göttingen, wo ihn der Oberschweizer des Klostergutes in die Lehre nahm. Er zeigte große Lust zu dem neuen Beruf und sein Lehrmeister war sehr zufrieden mit ihm. Als aber der Vormund den Aufenthaltsort seines Mündels in Erfahrung brachte, ließ er ihn durch Vermittelung des Landratsamtes Göttingen verhaften und der Fürsorgeerziehungsanstalt in Fehrenshausen zuführen, wo er nun angeblich „gebessert" werden soll. Drastischer wie durch diesen Fall kann das Gesetz in seiner ganzen Härte und Zwecklosigkeit nicht illustriert werden.

Der Setzerlehrling. Der genugsam bekannte Expastor und Exvolkstribun Kröfell spielt abwechselnd Hase und Hund. Einstweilen hetzt er kräftig den konservativen Hasen, und so wenig Sympathie uns Herr Kröfell einflößt, so wenig vermögen wir seinen konservativen Gegnern Mitgefühl entgegenzubringen, denen er mit gewaltigen Stößen an den Leib rückt. Neuerdings macht Kröfell in seinem „Mittelstand" eine, fast möchte man sagen: „Enthüllung" über die Art, wie konservative Kreisblätter „redigiert" werden. Nach seiner Darstellung schweben zurzeit zwei Klagen Kröfells gegen die beiden konservativen Parteiblätter in Stargard, die „Stargarder Zeitung" und das „Saaziger Kreisblatt". Der Vertreter der beklagten Blätter hat nun eine Entgegnung auf die Klage eingereicht, in der er seine Mandanten — natürlich als schuldlos hinzustellen versucht. Über den verantwortlichen Redakteur des letztgenannten Blattes, Straube, heißt es darin (Herr Kröfell zitiert in Gänsefüßchen, also wohl wörtlich):

„Es ist nicht abzusehen, aus welchem Rechtsgrunde Straube sich strafbar gemacht haben soll. Es wird bestritten, daß er die Aufnahme (des betreffenden Artikels) in das „Saaziger Kreisblatt" bewirkt hat. Ich beziehe mich auf das Zeugnis des Setzerlehrlings Nemitz hier (Stargard). Dieser hat, ohne den Angeschuldigten Straube zu fragen, und ohne daß dieser davon Kenntnis gehabt hat, den Satz aus der „Stargarder Zeitung" herausgenommen und für das „Saaziger Kreisblatt" verwertet."

Also — der Setzerlehrling! Herr Kröfell wirft mit Recht die Frage auf, ob es eine dauernde Einrichtung in dieser konservativen Presse ist, daß ein Setzerlehrling das Blatt redigiert, oder ob nur in diesem Falle zufällig die Möglichkeit vorliegt, den Lehrling als das Karnickel vorzuschieben. Nach der geistigen Höhe mancher „Kreisblätter" möchte man versucht sein, das erstere anzunehmen.

Schweres Eisenbahnunglück. In Audorf (Oberösterreich) wurde der Händler Leonhard Hoffmann aus Passau mit seiner Tochter nachts von einem Eisenbahnzug überfahren. Beide wurden getötet und schrecklich verstümmelt.

Eine abgefeimte Hoteldiebin wurde in Nizza dingfest gemacht. In den Hotels der Cote d'Azur herrschte Monate hindurch eine Panik. Nacht für Nacht drangen unsichtbare Diebe ein; von den Kaminen und Tischchen verschlossener Zimmer nahmen sie Portefeuilles, Gold und Pretiosen. An sich hätte das zur Aufregung keinen Grund gegeben. Die Verlegenheit entstand erst dadurch, daß die geheimnisvollen Diebe jede Spur ihrer Besuche verwischten. Wenn die Bestohlenen Morgens den Verlust bemerkten, waren die Türen wie gewöhnlich doppelt verschlossen. Die Riegel waren eingestellt, und an Fenstern und Läden hatte niemand getastet. Die Polizei suchte das Dunkel zu lichten. Nach vieler Mühe und mit der Hülfe der italienischen Sicherheitsbehörden lockte sie in San Remo drei „Hotelratten" in die Falle, Canussa, Frandin und Marius Amer. Dann faßte sie in Nizza ein anderes interessantes Individuum, einen gewissen Cheillon, der in den Badeorten als „Baron Paul" bekannt war. Und zuletzt, gleichfalls in Nizza, wie gemeldet, die Pseudokomtesse de Monteil, eine brünette „Witwe", als sie gerade dabei war, ein Hotel an der Promenade des Anglais auszubeuten; dort nahte in der Doppelgestalt der Kriminalbeamten Benoit und Henis ihr das unholde Geschick. Jetzt weiß man, welche Bewandtnis es mit ihr hat. Sie ist natürlich gar keine Komtesse, weder eine vom Monteil, noch von Manola, noch von Beaubourg, sie ist auch keine Baronin v. Vergnes; denn alle diese Namen hatte sie sich der Reihe nach zugelegt. Sie war unerschöpflich in Pseudonymen. Eigentlich hieß sie Amelie Condemine, verheiratete Portal. Herr Portal war ein Weinreisender; kein Wunder, daß er nach Macon, Amelies burgundischer Heimat, kam und sie lieben lernte. Zehn Jahre lebten sie zusammen, dann gingen sie getrennte Wege. Madame fuhr nach Amerika, von wo sie bald mit Juwelen und kostbaren Toiletten nach Paris zurückkehrte. Sie mietete sich am Boulevard des Italiens ein und galt als zweifelhafte Rentiere. Nur von Zeit zu Zeit sprach ein verhungerter Herr bei ihr vor, der bei ihr frühstückte oder dinierte. Sie sagte, er sei Monsieur Portal, „der Bruder meines ersten Gatten". Dazwischen reiste sie beständig nach Nizza, Monte Carlo, Aix-les-Bains, Algier und Kairo. Seltsam war es nur, daß sie stets in denselben Hotels wohnte, die von der unsichtbaren Diebesbande heimgesucht wurden, und stets zur selben Zeit. Die Detektivs fingen an, sich mit ihr zu beschäftigen. Sie ermittelten ihren Ursprung, sie stellten auch fest, daß der hungrige Herr vom Boulevard des Italiens der richtige Herr Portal, der Weinreisende war, und daß Madame bald dem „Baron Paul", bald dem unauffindbaren Herrn Frandin ihre Gunst schenkte, zwei sehr verdächtigen Glücksrittern. Jedoch zunächst holte sich die Polizei eine Abfuhr. In Alexandria, wo die „Gräfin" gerade mit Frandin sich aufhielt, verschwanden die Ringe und das Portefeuille eines Amerikaners aus dem selbstverständlich zugeriegelten Hotelzimmer. Der Hotelier bezichtete Herrn Frandin, aber dieser verklagte den „Beleidiger", der ihm 500 Frcs. Buße zahlen mußte. So ging die Sache fort: in Aixles-Bains, wo der Amoroso der Gräfin „M. Bauer" hieß, Einbruchsdiebstahl in mehreren verschlossenen Zimmern, auf den Pferdemärkten rätselhafte Eskamotage der Portefeuilles von Pferdehändlern — bis zum fatalen Abschluß im Nizzaer Hotel, wo man Amelie Gondemine verhaftete. Leugnen konnte sie nicht, denn man entdeckte bei ihr nicht bloß die üblichen Werkzeuge der Einbrecher, sondern auch etwas, was das Mysterium der Hoteldiebstähle mit einem Male aufhellte. In einer Tasche, die sie in dem verfänglichsten Versteck aller Diebinnen den Blicken entzogen hatte, waren 27 niedliche Pinzetten aus Silber und Stahl verborgen, die man in Pariser Fachkreisen „oustitis" „Seidenäffchen" nennt. Sie sind so eingerichtet, daß sie den im Innern steckenden Schlüssel fassen und umdrehen können. So wird das Schloß fein und sicher geöffnet. Das schwarze Kostüm und die große Mönchskutte, in die Madame sich hüllte, schützten sie davor, im Dunkel unangenehm aufzufallen. Ein ähnliches Arsenal wurde bei Herrn Portal ausgehoben. „Die Sachen waren meiner Frau genant", bemerkte er, „ich weiß nicht, was sie damit anfangen wollte." Auch er wurde arretiert, und ihm ist Frandin mit ein paar seiner Gesellen nachgefolgt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 18. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,35 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stück —0,60 Mk., Gänse Pfd. 80 Pf., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 85—95 Mk., Schweinskopf Pfund 45 Pfg., Wurst Pfd. 1.15—1,25 Mk., Eier 9 u. 10 Stck. 60 Pfg., Heringe genügend, Dorsche wenig, Süßwasserfische genügend. Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 — Pf., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 18. März.

Weizen, 119—127 Pfd. holl. 190—203 Mk. **Roggen** 116—123 Pfd. holl. 180—192 Mk. **Hafer,** nach Qualität 140—155 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 12. März.

1. Klasse 237 Drittel zu 125,16 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 15 „ „ 121,43 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

18. März.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 920 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 47—51 Mk. und Ferkel 46—50 Mk. pro 100 Pfund.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Alle Eltern und Vormünder,

die zu Ostern d. J. ihre Söhne resp. Pflegebefohlenen in eine Lehre zu geben beabsichtigen, seien hiermit auf folgendes aufmerksam gemacht:

Die Gewerbe der Lithographen, Kartographen oder graphischen Zeichner, sowie Steindrucker, Chemigraphen, Lichtdrucker, Kupferdrucker usw. gelten im allgemeinen als zu den besseren zählend. Dieses ist jedoch nicht zutreffend. Die Löhne sind durchaus nicht so hoch, wie allgemein angenommen wird, denn Wochenlöhne von 15—18 Mk. sind keine Seltenheit trotz der jetzigen teueren Verhältnisse. Und dabei ist eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit vorhanden, da diese Gewerbe — als Luxusgewerbe — im Niedergange begriffen sind.

Die Lehrzeit in diesen Berufen beträgt 4 Jahre. Die Arbeitszeiten sind trotz der Bemühungen der Gehilfen, dieselben zu egalisieren, noch sehr verschiedene. Während bei einem Teil Lithographen die acht- und bei Steindruckern die neunstündige Arbeitszeit besteht, finden wir vielfach noch eine solche bis zu 10 und mehr Stunden.

Die Unsitte der Lehrlingszüchterei ist ebenfalls viel zu finden. Die jungen Leute erhalten nur eine einseitige, mechanische Ausbildung, woraus folgt, daß die jungen Gehilfen nach Ablauf ihrer Lehrzeit den an sie gestellten Anforderungen in keiner Weise genügen können und somit wohl oder übel zum Lohndrücker werden oder etwas anderes ergreifen müssen. —

Wo also Eltern oder Vormünder einen jungen Mann einen der oben genannten Berufe erlernen lassen wollen, mögen sie vorerst das Vorgenannte erwägen. Vor allen Dingen ist zu prüfen, ob der Betreffende dazu befähigt ist in bezug auf seine zeichnerische Vorbildung rc.; ferner ist eine genaue ärztliche Untersuchung auf Brust und Augen unbedingt notwendig, denn es ist leider zu konstatieren, daß fast die Hälfte aller Angehörigen dieser Berufe an Lungenleiden sterben und die durchschnittliche Lebensdauer kaum 40 Jahre beträgt. — Dann möge man bei der Auswahl der Lehrstelle recht vorsichtig sein und sich vorher vergewissern, ob das Geschäft, in welches der junge Mann event. eintreten soll, auch eine Gewähr bietet für eine gediegene, fachtechnische Ausbildung.

Die Zentralkommission der Lithographen, Kartographen usw. hat die Lehrlingsverhältnisse im Lithographie-Gewerbe in einer übersichtlichen, leichtverständlichen Broschüre niedergeschrieben, die an alle Interessenten kostenlos abgegeben wird vom hiesigen Vertrauensmann J. Brielmaier, Blücherstraße 22, der auch zu jeder sonstigen Auskunft gern bereit ist. Auch kann dieselbe bezogen werden vom Vorsitzenden der Zentralkommission Hermann Müller, Berlin SO. 16, Engelufer 15 IV, Gewerkschaftshaus. B.

Literarisches.

Von den „Sozialistischen Monatsheften" Herausgeber Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h), die jetzt bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, ist soeben das 6. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Richard Calwer: Wahlrechtskampf und Wahlkampf. — Wolfgang Heine: Die Aussichten des Reichsvereinsgesetzes. — Willem Hubert Vliegen: Die Verelendung im sozialdemokratischen Programm. — Wilhelm Bölsche: über Wilhelm Busch. — Dr. Heinrich Lux: Die Stellung des Ingenieurs. — Edmund Fischer: Trinken und Arbeiten. — Heinrich Peus: Die Welthilfssprache Esperanto. — Wirtschaft von R. Calwer. — Politik von M. Schippel. — Sozialpolitik von R. Schmidt. — Kommunalpolitik von Dr. H. Lindemann. — Rechtspraxis von Wolfgang Heine. — Sozialistische Bewegung von Dr. J. Bloch. — Hygiene von Dr. H. Grün: Musik von Dr. H. Leichtentritt. — Buchbesprechungen. Notizen: Marx und die Sklaverei von Max Schippel. — Als Beigabe bringt das Heft ein bisher unveröffentlichtes Porträt von Wilhelm Busch nach der letzten Aufnahme im März 1907. Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg. Pro Quartal 3 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporteuren, in den Kiosken, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom „Verlag der Sozialistischen Monatshefte", Potsdamer Straße 121 h, Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

Die historische Leistung von Karl Marx. Zum fünfundzwanzigsten Todestage des Meisters herausgegeben von Karl Kautsky. Mit einem Porträt von Karl Marx. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk. Volksausgabe 30 Pfg. Kautsky will durch diese Arbeit das Verständnis dessen erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Das dürfte, wie Kautsky in seinem Vorwort sagt, keineswegs so allgemein bekannt sein, wie es notwendig wäre in einer Zeit, in der so heftig für und wider Marx gestritten wird. Die Broschüre will nicht bloß eine Studie zur Parteigeschichte sein, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Karl Marx zum Gedächtnis. — Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution. Von Henriette Roland-Holst. — Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt. Von Parvus. — Verkünder des Klassenkampfes von Marx. Von Th. Rothstein (London). — Marx als Verfechter der Sklaverei. Von Karl Kautsky. — 1848 und 1908. Von Georg Ledebour. — Zeitschriftenschau. — Feuilleton der „Neuen Zeit" Nr. 3: Karl Marx und das Gleichnis. Von F. Mehring. Das klassische Zeitalter der englischen Malerei. Von John Schikowski. Ludwig Thoma. Von Heinrich Ströbel. — Bücherschau: Ricarda Huch, Der Kampf um Rom. Johannes V. Jensen, Himmerlandsgeschichten. Magister F. Ch. Laukhards Leben und Schicksale. — Lose Blätter: Vom Grabe Thomas Mores zum Grabe von Karl Marx. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

2 Streitende. Wenn der Betreffende für das „Vergnügen" bezahlt, kann er im Falle einer Kindeszeugung nicht zur Alimentationsleistung herangezogen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.